

Die socialdemokratische und anarchistische Bewegung im Jahre 1888.

Die Arbeiterbewegung im Jahre 1888 hat sich verhältnismäßig in ruhigerem Fahrwasser bewegt. Das schon im Vorjahre wahrgenommene Bestreben, die innere Organisation durch Verbindung der einzelnen Fractionen zu einer selbstständigen Arbeiterpartei zu vervollständigen, um sodann soviel als möglich in das öffentliche Leben einzugreifen und sich zum Kampfe für die politische und sociale Emancipation vorzubereiten, ist im Berichtsjahre noch deutlicher hervorgetreten.

Die in den verschiedensten Culturstaaten vorgekommenen Lohnkämpfe, welche zumeist mit problematischen Siegen oder mit vorübergehenden Niederlagen des einen oder des anderen Theiles endeten, legen jedoch ein untrügliches Zeugnis von dem lebhafteren Classenbewusstsein der Arbeiterschaft und von dem Erstarren der socialdemokratischen Principien ab. Die in früheren Zeiten gemachten Erfahrungen scheinen hiebei in den meisten Fällen vor unüberlegten und voreiligen Gewaltangriffen gewarnt zu haben, und dies bildet auch einen Erklärungsgrund für den deutlich wahrnehmbaren Niedergang der anarchistischen Propaganda der That, welche insbesondere in unserem Vaterlande immer mehr den Boden verliert, zumal die Erkenntnis von den sinnlosen und unfruchtbaren Bestrebungen des Anarchismus in die weitesten Kreise des Proletariates getragen ist und die ehemals aufgestachelten Genossen sich zumeist von ihren Verführern abwenden. Dazu tritt noch der Umstand, dass infolge der stetigen und von Erfolg begleiteten Überwachung den einzelnen anarchistischen Elementen das Gefühl der Sicherheit fehlt, ein Umstand, der eine ernstliche Beschäftigung mit der Propaganda der That kaum rathsam erscheinen lässt. Andererseits wäre es jedoch ein Irrthum, anzunehmen, dass die Socialdemokratie einzig und allein eine friedliche Lösung der socialen Fragen anstrebt und sich auf politische und ökonomische Forderungen beschränkt, welche mit der dermaligen staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung in Einklang gebracht werden könnten. Derartige Reformen werden nur als Palliativmittel hingestellt und nur insoweit als nützlich bezeichnet, als sie Gelegenheit zu propagandistischen Zwecken bieten.

So werden die in den meisten Staaten in Angriff genommenen oder bereits erlassenen Arbeiterschutzgesetze als Nothbehelfe, keineswegs als genügende Heilmittel angesehen.

In **Österreich** setzte die durch die Wochenschrift „Gleichheit“ vertretene Partei die Thätigkeit zur Vereinigung der anarchistischen und socialdemokratischen Fraction fort, begegnete jedoch einer entschiedenen Opposition in Linz und in Graz.

Vertrauensmänner aus Linz und Umgebung beschlossen am 15. Jänner, sich zu einer Vereinigung nicht herbeizulassen, wobei die Faiseurs der „Gleichheit“ als Bauernfänger hingestellt wurden, welche nur der Corruption dienen.

Um den Einfluss dieses Blattes, welches in weitere Kreise der Arbeiterschaft dringe, abzuschwächen, müsse wieder ein Organ mit radicalen Tendenzen, nöthigenfalls im Auslande gegründet und die geheime Propaganda wieder in Fluss gesetzt werden. In Wien war zwar bereits die Herausgabe eines solchen Blattes unter dem Titel „Die Gegenwart“ beschlossen, musste jedoch aus Gründen der Opportunität fallengelassen werden, zumal auch von verschiedenen Seiten einem Blatte, welches mit anarchistischen Tendenzen im Inlande hätte erscheinen sollen, nicht ohne Grund eine nur kurze Lebensdauer prognosticirt wurde.

In Graz verharren Anarchisten und Socialdemokraten in schroffster Gegnerschaft und erstere agitirten sogar gegen die Betheiligung an einer Volksversammlung, welche anlässlich des Liechtensteinischen Schulantrages für den 26. Februar von den Socialdemokraten einberufen wurde.

Inzwischen erfuhr das Blatt „Gleichheit“ durch eine Unterhaltungsbeilage feuilletonistischen Inhaltes eine Erweiterung und trotzdem auch in einer Correspondenz der Nummer 31 der „Autonomie“ in London vom 11. Februar vor den Socialdemokraten gewarnt wurde, gewannen letztere immer mehr an Terrain. Der Einfluss des Parteiblattes „Gleichheit“ stieg sichtlich auch in den Alpenländern, obschon die Herausgabe des socialdemokratischen Organes „Volksstimme“ in Innsbruck wegen angeblicher redactioneller Hindernisse eingestellt wurde.

Mit der am 19. Februar in Schwender's Colosseum abgehaltenen Volksversammlung wurde die Parole ausgegeben, in zahllosen Versammlungen an den verschiedensten Punkten der Monarchie die Bewegung wach zu erhalten.

Die Tagesordnung dieser Versammlung bildete zumeist der Liechtenstein'sche Schulgesetz-Entwurf, gegen welchen man durch die Resolution, welche in der Schwender-Versammlung in Wien zum Beschlusse erhoben wurde, Stellung genommen hatte. Nebst der Schulfrage wurde bisweilen auch das Krankenkassengesetz und die Presse in diesen Versammlungen discutirt. Gewöhnlich wurden von der Redaction der Wiener „Gleichheit“ sogenannte agitatorische Kräfte zu diesen Versammlungen entsendet, welchen nicht nur die Aufgabe zufiel, als Redner in diesen Versammlungen aufzutreten, sondern auch für die Idee der Vereinigung zu wirken. So wurden in Brüsan, Neutitschein, Herzogenburg, Graz, Steyr, Linz, Lilienfeld, Mitterndorf, Kindberg, Groß-Jedlersdorf, Neustadtl, Zwickau, Donawitz, Mährisch-Trübau, Jägerndorf, Rumburg, Kratzau, Wilten bei Innsbruck, Zwittau, Prag, Aussig, Reichenberg, Wigstadtl, Wilhelmsburg, Kittlitz, Ruppersdorf und Grafendorf Arbeiterversammlungen veranstaltet.

Insoferne in denselben die Schulfrage besprochen wurde, manifestirte die Arbeiterschaft, dass sie mit dem heutigen Stande der Volksschule sich nicht zufriedenstellt und vielmehr noch einen Ausbau derselben fordert. Bei einzelnen Versammlungen wurden Versuche unternommen, die bäuerliche Bevölkerung und die Kleingewerbetreibenden für die socialistischen Ideen zu gewinnen.

Zwei in Wien im Monate Februar zur Verhandlung gelangte Anarchistenprocesse ließen neuerlich das Sinnlose dieser Propaganda erkennen und nur einzelne Elemente bilden noch die Trümmer dieser Schreckenspartei. In drastischer Weise bezeichnete ein Redner in einer Versammlung der Wiener Bandmacher die Propaganda der That als eine „aus dem Auslande importirte Taktik, deren Wege entweder in das Irrenhaus oder in die Strafanstalt führen“.

Auch die oberösterreichische Gruppe der Anarchisten wurde zur Unthätigkeit verurtheilt, da die Seele der dortigen Bewegung, Franz Blaschke, außer Land ging.

Erst in der am Ostermontag in Haid bei Linz abgehaltenen Besprechung einigten sich Parteiangehörige aus Linz und dem benachbarten Fabriksorte Traun, eine gemeinsame Gruppe im Interesse der Druckschriften-Propaganda zu gründen.

Im Monate April hatte es den Anschein gewonnen, als ob die unter dem Einflusse des Schneiders Rissmann in Graz stehenden Anarchisten nunmehr auch für die Vereinigung mit den Socialdemokraten gewonnen worden seien, welche Annahme sich jedoch als unbegründet erwies. In Graz trat vielmehr eine derartige Zerfahrenheit in den dortigen Arbeiterkreisen ein, dass von einer eigentlichen Parteithätigkeit in der einen oder anderen Richtung nicht gesprochen werden konnte. Der aus Wien ausgewiesene Anarchist Eduard König traf im Monate April aus Graz in Wien ein. Er dürfte zweifellos eine Mission an die Stimmführer in Wien gehabt haben, wurde jedoch infolge seiner Festnahme an der Ausführung derselben behindert.

Außer einzelnen Drohbriefen, welche im 10. Bezirke in Wien und im Vororte Floridsdorf verbreitet wurden, konnte die anarchistische Propaganda nirgends bis zu einer bemerkenswerten That erstarken. Selbst der Besuch der Gräber der Märzgefallenen verlief diesmal im ganzen ruhig.

In Wien hatten um diese Zeit die Bäcker durch ihr geräuschvolles Auftreten die Aufmerksamkeit auf sich gelenkt. Eine Agitation, welche auf alle Bezirke sich hätte erstrecken sollen, wurde zu dem Zwecke unternommen, um eine wo möglich große Anzahl der Gehilfen dem Fachvereine der Bäcker zuzuführen und sodann möglichst geeint den Principalen entgegenzutreten. Die in den Versammlungen gehaltenen aufreizenden Reden und Ausschreitungen anderer Art bemühten die Aufsichtsbehörde, der Agitation durch die Einstellung der Thätigkeit des Bäckervereines ein Ende zu bereiten.

Das am 1. Jänner publicirte und am 1. April in Wirksamkeit getretene Gesetz über Unfallversicherung der Arbeiter nahm begreiflicherweise das Interesse der Arbeiterschaft in Anspruch. Dasselbe wurde in der Parteipresse, sowie in Versammlungen vielseitig besprochen. Besonnene Elemente unterließen es nicht, auf die besonderen Vorthelle, welche dieses Gesetz den Arbeitern bietet, hinzuweisen.

In der Versammlung, welche der Verein „Wahrheit“ am 2. Jänner in Wien abhielt, wurde für eine internationale Arbeiterschutz-Gesetzgebung agitirt und hiebei die Nothwendigkeit betont, den internationalen Arbeitercongress im Jahre 1889 zu beschicken.

In einer zu Smichov nächst Prag abgehaltenen Versammlung erklärten einzelne Redner, dass dieses Gesetz den Wünschen der Arbeiter nicht entspreche. Dasselbe sei ein Mittel der besitzenden Classe, um die Arbeiterschaft einstweilen zu beruhigen.

Mit dem Eintritte der wärmeren Jahreszeit begann eine nachhaltige Lohnbewegung in den verschiedenen Industriegebieten. In Brünn schlossen sich Bäcker, Maurer und Spinner, in Felixdorf, Hammerstein, Röchlitz, Krattau und in Grütwald Spinner und Weber, im Gablonzer Bezirke Weber und Glaschleifer, in Widach bei Neupaka Baumwollweber und in Lemberg Bäcker dieser Bewegung an, um eine Erhöhung des Lohnes, beziehungsweise eine Abkürzung der Arbeitszeit zu erlangen.

In Lemberg stellten am 7. Juli gegen 200 Bäckergehülfen die Arbeit ein und zogen nach Lisieniec, in ein Wäldchen außerhalb Lemberg, wo dieselben bis 14. Juli verblieben. An diesem Tage wurden die Strikenden aus dem Walde gewaltsam entfernt, und durch diese Action wurde der Strike beendet, der in besonders lärmender Weise inscenirt wurde.

Anlässlich dieses Strikes wurde abermals constatirt, dass die polnischen Socialisten mit den Gesinnungsgenossen in den anderen Provinzen in Verbindung getreten sind. Die Rädelsführer in Lemberg hatten schon früher die Genossen in Krakau, Czernowitz, Prag, Brünn, Wien und Budapest von der beabsichtigten Arbeitseinstellung in Kenntniss gesetzt und um Geldunterstützungen angesucht.

Im Sommer wurde die Opferwilligkeit der Parteiangehörigen durch Sammlungen für Strikende, durch Einhebung von Beiträgen für die in der Redaction der „Gleichheit“ errichtete Agitationskassa und durch Veranstaltung von Festen in Anspruch genommen. In letzterer Richtung sind das am 20. Mai in Wels von Delegirten aus Linz, Steyr, Ried, Salzburg, Gmunden und Wien besuchte Arbeiterfest, die am 17. Juni und 15. Juli in Wien veranstalteten Wiesenfeste und der am 26. August von dem Arbeiter-Sängerbund in Wien arrangirte Ausflug erwähnenswert.

Angesichts des Niederganges des Anarchismus wurden in London und Paris von den daselbst lebenden Anhängern aus Österreich neuerliche Versuche unternommen, die Bewegung wieder zu beleben. Ein in deutscher und böhmischer Sprache abgefasstes incendiarisches Flugblatt mit der Überschrift „Frühlingsgedanken der Rebellen („Rebelův jarní vzpomínky““) wurde von London nach Böhmen gesendet und daselbst anfangs Juli verbreitet.

In Reichenberg, Rosenthal, Rochlitz und auf der Straße von Gablonz wurden im Monate August zahlreiche Exemplare dieser Flugschrift und des Revolutionsblattes „Pomsta“ ausgestreut.

Am 18. August wurde in Freihofen bei Königgrätz ein aus London zugereister Arbeiter Namens Joseph Ulrich verhaftet, welcher sich als Emissär gefährlichster Art entpuppte. Unter den in seinem Besitze gefundenen, zur Verbreitung bestimmten zahlreichen anarchistischen Druckschriften verdient insbesondere die Nummer 9 der „Pomsta“ hervorgehoben zu werden, in welcher nebst Reflexionen über die im Jahre 1887 erlittenen Misserfolge der Anarchistenpartei die Aufforderung an die Gesinnungsgenossen enthalten ist, für die Verbreitung dieses Blattes zu sorgen und eine geheime Organisation behufs Errichtung eines Feldpostdienstes, sowie wegen Einleitung von Geldsammlungen für anarchistische Zwecke, zur Anschaffung von Waffen, Dynamitbomben, Dolchen, Gift, Schwefel, Pech zu gründen.

Es ergab sich, dass die Exmittirung Ulrich's den Anfang einer bedeutenden, im Auslande inscenirten anarchistischen Agitation bildete. Die Verhaftung Ulrich's bot Anlass, gegen mehrere Parteiangehörige in und um Reichenberg strafgerichtlich vorzugehen. Trotz dieser behördlichen Maßnahmen wurden in der Nacht zum 27. August neuerlich anarchistische Presserzeugnisse verbreitet.

Am 26. August wurde in Bystrei der aus Paris zugereiste Schneider Marek unter dem später behobenen Verdachte verhaftet, mit Ulrich in Verbindung zu stehen und gleichfalls zu agitatorischen Zwecken nach Böhmen abgereist zu sein. Die Verhaftung Ulrich's hatte zur Folge, dass auch in Wien mehrere Genossen öechischer Nationalität der gerichtlichen Untersuchung zugeführt wurden. Diese standen mit den Parteiführern in Paris in Verbindung und vermittelten die Correspondenzen mit Ulrich.

Am 23. und 24. September wurden in den Bezirken Semil und Turnau neuerlich solche anarchistische Presserzeugnisse ausgestreut und am 8. December nachts sind Exemplare der in London von dem Schneider Jonata im geheimen herausgegebenen öechischen Revolutionschrift „Revoluce“ in Lomnitz verbreitet worden.

Die Nummer 11 der nunmehr in Paris im geheimen gedruckten „Pomsta“ empfiehlt zwar den Genossen in Österreich, alle persönlichen Ausfälle gegen die Socialdemokraten zu unterlassen und mit allen andern Fractionen möglichst friedlich zusammen zu wirken, spricht sich jedoch entschieden gegen eine formelle Vereinigung, beziehungsweise gegen einen zu diesem Zwecke abzuhaltenden Parteitag aus, bezeichnet denselben vielmehr als sinnlos und befürwortet selbständiges Handeln, eine geheime Organisation

und die weitere Bethätigung der anarchistischen Propaganda. Die vom Dr. Adler, dem Herausgeber der „Gleichheit“, seit längerer Zeit geleiteten Verhandlungen zur Vereinigung sämtlicher Arbeiterfractionen zu einer österreichischen Arbeiterpartei geriethen infolge der schon oben erwähnten Verhaftung des Schneiders König für einige Zeit ins Stocken. Bei König wurden nämlich Schriftstücke vorgefunden, welche den Anlass boten, gegen Dr. Victor Adler und gegen dessen Agenten eine strafgerichtliche Untersuchung wegen Geheimbündelei einzuleiten. Erst als diese Untersuchung eingestellt wurde, hielt Dr. Adler nach längerer Zeit, und zwar am 13. Juni eine Parteisitzung ab, in welcher endgiltig die Einberufung eines Parteitages beschlossen wurde. Es wurden Vertrauensmänner bestimmt, welche mit den Genossen in den Provinzen bezüglich der Verhandlungsgegenstände das Einvernehmen pflegen sollten.

„Die indifferenten Arbeiter sollen wissen, was wir wollen, die Parteiangehörigen, was wir thun müssen!“

Mit diesen Worten verkündete Dr. Adler den Beschluss auf Abhaltung des Parteitages.

In erster Linie wurden die Unterhandlungen mit den Genossen in Brünn eingeleitet, wo gleichfalls zu diesem Zwecke ein Comité bestellt wurde. Sofort ergab sich eine tiefgehende Differenz, da man in Wien diesen Parteitag im geheimen ohne Aufstellung eines bestimmten Programmes in Aussicht genommen hatte und hiedurch eine Concession den extremen Elementen gewähren wollte.

In Brünn hingegen bestanden die Vertrauensmänner auf öffentliche Verhandlungen mit detaillirtem Programme.

Am 8. und 9. September wurde in Brünn der Verbandtag der Arbeiterkranken- und Invaliden-Unterstützungsvereine abgehalten. Diese Gelegenheit wurde auch zur Fortsetzung der Verhandlungen wegen der Abhaltung des Parteitages benutzt.

Während die Genossen in Brünn für den Parteitag das Programm in Anspruch nahmen, welches im Jahre 1882 auf dem Arbeitertage in Brünn angenommen wurde, wollten die Abgesandten Dr. Adler's von der Aufstellung eines bestimmten Programmes nichts wissen und bemerkten, dass die Arbeiter in den verschiedenen Industriebezirken ihre Forderungen nach den localen Bedürfnissen und mit Berücksichtigung des Gebrauches aufstellen mögen. Dem entgegen replicirten die Brünner Vertrauensmänner, dass hiedurch nur eine Verwirrung entstehen und der Anarchismus wieder um sich greifen würde.

Es kam zu scharfen Auseinandersetzungen und es fehlte nicht an Äußerungen, aus denen die Abgesandten aus Wien entnehmen konnten, dass man in Brünn ein großes Misstrauen gegen Dr. Adler hege und ihn sogar eines falschen Spieles beschuldigte.

Unter solchen Umständen blieben auch diese Verhandlungen resultatlos.

Die Agitationsreisen des Dr. Adler und seine Beziehungen zu den Socialisten im nördlichen Böhmen führten zu einer neuerlichen gerichtlichen Untersuchung wegen Geheimbündelei.

Am 20. September wurde bei Dr. Adler und dessen Intimus Rudolf Pokorny in Wien eine Hausdurchsuchung vorgenommen, welche das Ergebniss hatte, dass bei Pokorny schon das Concept des Aufrufes für den Parteitag gefunden wurde.

Dieser Zwischenfall, sowie Erfahrungen anderer Art versetzten den Dr. Adler in die Besorgniss, dass sein langersehtes Ziel, sich zum Führer der geeinigten österreichischen Arbeiterpartei aufzuwerfen, wieder in die weite Ferne gertickt sei. Er unterwarf sich den Forderungen der Brünner Vertrauensmänner, acceptirte das aufgestellte Programm und erbat sich nur aus Rücksicht für die anarchistischen Elemente die Aufnahme des Programmpunktes, dass das Ziel der Partei mit allen zweckdienlichen Mitteln anzustreben sei.

Den Gegenstand der weiteren Verhandlungen bildete die Aufstellung der Principienerklärung.

In einer am 4. October in Wien stattgehabten Sitzung der Vertrauensmänner wurde betont, dass die Einigung der österreichischen Arbeiter umso mehr geboten erscheint, als die herrschenden Classen mit Erfolg sich die größte Mühe geben, die dreifache Kette der Slaverei — die politische Knechtung, die wirtschaftliche Ausbeutung und geistige Verblödung — immer fester zusammenzuziehen. Die geeinte österreichische Arbeiterpartei solle diesem Treiben ein Ziel setzen.

Die Genossen in Brünn stellten die Forderung, dass in der Principienerklärung ein Passus über die Nothwendigkeit einer Arbeiterschutzgesetzgebung aufgenommen werde. Dr. Adler weigerte sich anfangs diesem Ansinnen zu entsprechen, gab jedoch sofort nach, als von der Annahme dieser Forderung die Genossen in Brünn und mit diesen auch die in Reichenberg und Jägerndorf die Beschickung des Parteitages abhängig machten.

Am 24. October wurde beschlossen, den Parteitag in der Zeit vom 30. December 1888 bis 1. Jänner 1889 in Hainfeld in Niederösterreich mit Beschränkung auf geladene Gäste abzuhalten. Das Parteiblatt „Gleichheit“ veröffentlichte nun in der Nummer 44 vom 3. November einen Aufruf an die Arbeiter Österreichs, in welchem die Vereinigung der classenbewussten Arbeiterschaft zu einer wirksamen, zielbewussten,

socialdemokratischen Arbeiterpartei als Zweck des Parteitages dargestellt wurde. Der Aufruf ist von den Redactionen der „Arbeiterstimme“, „Rovnost“, „Volksfreund“ in Brünn, „Gleichheit“ in Wien und „Hlas lidu“ in Prossnitz unterzeichnet.

Wenn auch in der folgenden Nummer der „Gleichheit“ Zustimmungserklärungen der Genossen aus den Provinzen verlautbart wurden, blieb es doch nicht unbekannt, dass Rissmann mit seinem Anhang in Graz und Klagenfurt dem Parteitage fern bleiben wolle. Es wurde nun Rudolf Pokorny nach Graz gesendet, um Rissmann umzustimmen. Am 8. December wurde in Graz eine Versammlung wegen Besprechung und Beschlussfassung über den Parteitag abgehalten. In derselben sprach sich Rissmann gegen die Art der Einberufung des Parteitages aus, der nach seiner Ansicht im geheimen im Auslande abgehalten werden sollte. Er würde es lieber sehen, wenn die Arbeiter als Kaste und nicht als Partei auftreten würden.

Ein anderer Redner beschuldigte die Einberufer des Parteitages der politischen Hochstapellei. Schließlich wurde dennoch in einer Resolution die Zustimmung zur Einberufung des Parteitages ausgesprochen.

Auf die Tagesordnung des Parteitages wurden folgende Punkte gestellt:

1. Principienerklärung der socialdemokratischen Arbeiterpartei in Oesterreich.
2. Die politischen Rechte.
3. Arbeiterschutzgesetzgebung und Socialreform.
4. Presse.
5. Unterstützungswesen.
6. Die gewerkschaftliche Organisation.
7. Die Arbeiterkammern.
8. Die Volksschule.

Bei demselben waren aus Wien 20, Niederösterreich 5, Oberösterreich 5, Salzburg 1, Steiermark 6, Kärnten 2, Krain 1, Tirol 1, Böhmen 10, Mähren 10, Schlesien 1 und Galizien 1 Theilnehmer anwesend. Dieselben waren jedoch nicht mit Mandaten ausgestattet. Im Gegensatz zu diesen sogenannten Theilnehmern haben auch circa 25 Gäste, darunter der ehemalige deutsche Reichstagsabgeordnete Ignaz Auer aus München den Verhandlungen des Parteitages beigewohnt. Die große Anzahl von Begrüßungsschreiben und Telegrammen aus dem In- und Auslande lieferten einen neuerlichen deutlichen Beweis über den internationalen Charakter und die Solidarität der Socialdemokratie in allen Ländern.

Nach Feststellung der Geschäftsordnung wurden Sitzungen am 30. und 31. December, sowie am 1. Jänner 1889 abgehalten. Am 31. December fand eine geheime vertrauliche Besprechung, sodann eine Sylvesterfeier statt. Am 1. Jänner 1889 wurde der Parteitag gegen 2 Uhr Nachmittags geschlossen, worauf die Theilnehmer noch einen Ausflug in den benachbarten Industrieort Ramsau unternahmen.

Das Bureau bestand aus Popp (Wien), Hybesch und Bayer (Brünn), als Vorsitzende, Häfner (Wien) Körber (Prag) und Adenau (Kärnten) als Schriftführer. Zum 1. Punkte der Tagesordnung erhielt Pokorny (Wien) das Wort. Er betonte in längerer Rede die Nothwendigkeit des Zusammengehens und der Einigkeit und brachte folgende Principienerklärung zur Verlesung:

„Die socialdemokratische Arbeiterpartei in Oesterreich erstrebt für das gesammte Volk ohne Unterschied der Nation, der Race und des Geschlechtes die Befreiung aus den Fesseln der ökonomischen Abhängigkeit, die Beseitigung der politischen Rechtlosigkeit und die Erhebung aus der geistigen Verkümmernng. Die Ursache dieses unwürdigen Zustandes ist nicht in einzelnen politischen Einrichtungen zu suchen, sondern in der das Wesen des ganzen Gesellschaftszustandes bedingenden und beherrschenden Thatsache, dass die Arbeitsmittel in den Händen einzelner Besitzender monopolisirt sind. Der Besitzer der Arbeitskraft, die Arbeiterklasse, wird dadurch zum Selaven der Besitzer der Arbeitsmittel, der Capitalistenklasse, deren politische und ökonomische Herrschaft im heutigen Staate Ausdruck findet. Der Einzelbesitz an Productionsmitteln, wie er also politisch den Classenstaat bedeutet, bedeutet ökonomisch steigende Massenarmut und wachsende Verelendung immer breiterer Volksschichten.

Durch die technische Entwicklung, das kolossale Anwachsen der Productivkräfte erweist sich diese Form des Besitzes nicht nur als überflüssig, sondern es wird auch thatsächlich diese Form für die überwiegende Mehrheit des Volkes beseitigt, während gleichzeitig für die Form des gemeinsamen Besitzes die nothwendigen geistigen und materiellen Vorbedingungen geschaffen werden. Der Übergang der Arbeitsmittel in den gemeinschaftlichen Besitz der Gesammtheit des arbeitenden Volkes bedeutet also nicht nur die Befreiung der Arbeiterklasse, sondern auch die Erfüllung einer geschichtlich nothwendigen Entwicklung. Der Träger dieser Entwicklung kann nur das classenbewusste und als politische Partei organisirte Proletariat sein. Das Proletariat politisch zu organisiren, es mit dem Bewusstsein seiner Lage und seiner Aufgabe zu erfüllen, es geistig und physisch kampffähig

zu machen und zu erhalten, ist daher das eigentliche Programm der socialdemokratischen Arbeiterpartei in Österreich, zu dessen Durchführung sie sich aller zweckdienlichen und dem natürlichen Rechtsbewusstsein des Volkes entsprechenden Mittel bedienen wird. Ubrigens wird und muss sich die Partei in ihrer Taktik auch jeweilig nach den Verhältnissen, insbesondere nach dem Verhalten der Gegner zu richten haben. Es werden jedoch folgende allgemeine Grundsätze aufgestellt:

1. Die socialdemokratische Arbeiterpartei in Österreich ist eine internationale Partei, sie verurtheilt die Vorrechte der Nationen ebenso wie die der Geburt, des Besitzes und der Abstammung und erklärt, dass der Kampf gegen die Ausbeutung international sein muss, wie die Ausbeutung selbst.

2. Zur Verbreitung der socialistischen Ideen wird sie alle Mittel der Öffentlichkeit, Presse, Vereine, Versammlungen, voll ausnützen und für die Beseitigung aller Fesseln der freien Meinungsäußerung (Ausnahmsgesetze, Press-, Vereins- und Versammlungsgesetze) eintreten.

3. Ohne sich über den Wert des Parlamentarismus, einer Form der modernen Classenherrschaft, irgendwie zu täuschen, wird sie das allgemeine, gleiche und directe Wahlrecht für alle Vertretungskörper mit Diätenbezug anzustreben, als eines der wichtigsten Mittel der Agitation und Organisation.

4. Soll noch innerhalb des Rahmens der heutigen Wirtschaftsordnung das Sinken der Lebenshaltung der Arbeiterklasse, ihre wachsende Verelendung einigermaßen gehemmt werden, so muss eine lückenlose und ehrliche Arbeiterschutzgesetzgebung (weitestgehende Beschränkung der Arbeitszeit, Aufhebung der Kinderarbeit u. s. f.), deren Durchführung unter der Mitcontrole der Arbeiterschaft, sowie die unbehinderte Organisation der Arbeiter in Fachvereinen, somit volle Coalitionsfreiheit angestrebt werden.

5. Im Interesse der Zukunft der Arbeiterklasse ist der obligatorische, unentgeltliche und confessionslose Unterricht in den Volks- und Fortbildungsschulen, sowie unentgeltliche Zugänglichkeit sämtlicher höheren Lehranstalten unbedingt erforderlich; die nothwendige Vorbedingung dazu ist die Trennung der Kirche vom Staate und die Erklärung der Religion als Privatsache.

6. Die Ursache der beständigen Kriegsgefahr ist das stehende Heer, dessen stets wachsende Last das Volk seinen Culturaufgaben entfremdet. Es ist daher für den Ersatz des stehenden Heeres durch die allgemeine Volksbewaffnung einzutreten.

7. Die socialdemokratische Arbeiterpartei wird gegenüber allen wichtigen politischen und ökonomischen Fragen Stellung nehmen, das Classeninteresse des Proletariats jederzeit vertreten und aller Verdunkelung und Verhüllung der Classengegensätze, sowie der Ausnützung der Arbeiter zu Gunsten von herrschenden Parteien energisch entgegenwirken.“

Dr. Adler (Wien) empfahl die Annahme dieser Erklärung, während Rissman (Graz) sich gegen dieselbe im allgemeinen und gegen die Forderung des allgemeinen Wahlrechtes insbesondere, aussprach, Als nach längerer Debatte die Principienklärung dennoch mit 69 gegen 3 Stimmen angenommen wurde, erklärte Rissmann, dass er an den weiteren Verhandlungen des Parteitages nicht mehr theilnehmen werde. Am zweiten Verhandlungstage brachte der rührigste Parteigänger Dr. Adler's, Metallarbeiter Pokorny, nachstehende Resolution ein, in welcher die Einigkeit der österreichischen Socialdemokratie auf Grund des angenommenen Programmes ausgesprochen wurde; die Resolutionen welche einstimmig angenommen wurden, lauten:

1. Einigungsresolution.

In Erwägung, dass der Zwist der Fractionen die Interessen der Partei und somit der Arbeiterklasse schwer geschädigt hat, dass die Entwicklung der Partei nur jene wenigen Streitpunkte beseitigt hat, welche, durch die Ränke und den Druck der Feinde der Arbeiterklasse, sowie durch verwerfliche Pflege des Personencultus in ihrer Wichtigkeit übertrieben, die Spaltung der Partei veranlasst haben;

in Erwägung, dass die Einigung der Partei dem energisch geäußerten Willen der Genossen im ganzen Lande entspricht, beschließt der heutige Parteitag einstimmig in Anwesenheit von Mitgliedern beider ehemals bestandenen Fractionen:

Der Parteitag erklärt den Parteizwist durch die Annahme des Programmes für beendet und erwartet von jedem Parteigenossen ehrliches und brüderliches Eintreten für die Gesamtpartei, sowie energische und unerschrockene Arbeit auf dem gemeinsamen Boden unseres Programmes zum Besten des Emancipationskampfes der Arbeiterklasse.

2. Resolution über die politischen Rechte.

In Erwägung, dass die weltgeschichtliche Aufgabe des Proletariats die Umgestaltung der heutigen wirtschaftlichen Ordnung ist, dass der Hebel dieser Umgestaltung der Classenkampf ist, dessen Verlauf

mit um so weniger Opfern verbunden, um so rascher und ruhiger sein wird, je mehr auf beiden Seiten Klarheit und Einsicht in die Bedingungen und Ziele der ökonomischen Entwicklung herrscht; dass aber die herrschenden Classen die Aufklärung durch gesetzliche und polizeiliche Maßregelungen zu hemmen und zu verzögern suchen, wodurch die Bewegung zwar nicht aufgehalten, aber verbittert und verschärft wird, erklärt der Parteitag:

Jede Einschränkung der Freiheit der Meinungsäußerung sowie jede Monopolisirung politischer Rechte für die Besitzenden ist verwerflich und für die naturgemäße Entwicklung schädlich. Er verlangt daher volle Freiheit für die socialdemokratische Agitation und Propaganda und die Möglichkeit einer ruhigen Organisation des Proletariats; zunächst also:

1. Die Aufhebung der Beschränkung der Freizügigkeit, also der Ausnahmsverfügungen, Vagabunden- und Schubgesetze.

2. Die Aufhebung der Beschränkung der Pressfreiheit durch die verschiedenen Formen der Censur und Aufhebung des Pressmonopols für die Besitzenden durch Caution und Stempel, sowie des Verbots der Colportage.

3. Herstellung des Vereins- und Versammlungsrechtes durch Aufhebung der Vereins- und Versammlungsgesetze.

4. Die Aufhebung des Monopols der Besitzenden auf das politische Wahlrecht durch die Einführung des allgemeinen, gleichen, directen und geheimen Wahlrechtes (und zwar vom 20. Lebensjahr an, wo die Verpflichtung zur Blutsteuer beginnt), als eines wichtigen Mittels der Agitation und Organisation, ohne sich jedoch über den Wert des Parlamentarismus irgendwie zu täuschen.

5. Die ehrliche Sicherung der Unabhängigkeit der Gerichte, Unentgeltlichkeit der Rechtspflege, Ausdehnung der Geschwornengerichte auf alle Vergehen und Verbrechen, sowie Wahl der Geschwornen auf Grund des allgemeinen geheimen Wahlrechtes durch das gesammte Volk.

6. Schaffung und Durchführung eines Gesetzes, welches Beamte, welche die politischen Rechte von Einzelnen oder Vereinen beeinträchtigen, einer strengen Strafe zuführt.

3. Resolution über Arbeiterschutz-Gesetzgebung und „Socialreform“.

Was heute vorzugsweise „Socialreform“ genannt wird, die Einführung der vom Staate organisirten Arbeiterversicherung gegen Krankheit und Unfall, entspringt vor allem der Furcht vor dem Anwachsen der proletarischen Bewegung, der Hoffnung, die Arbeiter von dem Wohlwollen der besitzenden Classe zu überzeugen, und zuletzt aus der Einsicht, dass die zunehmende Verelendung des Volkes endlich die Wehrfähigkeit beeinträchtigen müsse. Mit der Ausführung der Arbeiterversicherung werden zwei Nebenzwecke verknüpft: Die theilweise Überwälzung der Kosten der Armenpflege von den Gemeinden auf die Arbeiterclassen und die möglichste Einengung, womöglich Beseitigung der selbständigen Hilfsorganisationen der Arbeiter, welche als Vorschulen und Übungsstätten der Organisation und Verwaltung den Herrschenden ein Dorn im Auge sind. Angesichts dieser Sachlage erklärt der Parteitag:

Die Arbeiterversicherung berührt den Kern des socialen Problems überhaupt nicht. Eine Einrichtung, welche im besten Falle den arbeitsunfähigen Proletarier ein kärgliches, von ihm selbst theuer bezahltes Almosen gewährt, verdient nicht den Namen „Socialreform“.

Die Arbeiterschaft wird sich darüber nicht täuschen lassen, sondern klare Einsicht darüber verbreiten, dass eine wirkliche sociale Reform den arbeitsfähigen Arbeiter zum Gegenstande und die Beseitigung seiner Ausbeutung zum letzten Ziele haben muss, dass aber freilich diese sociale Reform niemals von den Ausbeutern, sondern nur von den Ausgebeuteten durchgeführt werden wird.

Solange die capitalistische Productionsweise herrscht, ist nur eine theilweise Einschränkung der Folgen der Ausbeutung möglich durch eine ehrliche und lückenlose Arbeiterschutzgesetzgebung und ihre energische Durchführung. Die physische Verelendung der Arbeiterclassen findet in der hohen Kindersterblichkeit, in dem kurzen Lebensalter, der frühen Invalidität der Arbeiter ihren Ausdruck. Das Herabsinken der Lebenshaltung, welches den Arbeiter zu einem stumpfsinnigen Sklaven herabwürdigt, macht es ihm unmöglich, Kraft und Zeit der Thätigkeit für menschliche Ziele, vor allem für seine eigene Befreiung zu widmen. Die Arbeiterschutzgesetzgebung soll dem Zunehmen dieser unmenschlichen Verhältnisse einigermassen Einhalt thun.

Die österreichische Gewerbeordnung erfüllt diesen Zweck ganz ungenügend. Sie ist schwächlich und lückenhaft in ihren Bestimmungen, gibt jede einzelne Vorschrift dem Missverständnis und der Willkür der Verwaltungsbehörden preis. Die Gewerbeinspection ist unwirksam, weil unzulänglich in ihren Mitteln und äußerst beschränkt in ihren Befugnissen.

Eine Arbeiterschutzgesetzgebung, die ihren Zweck erreichen soll, muss zum mindesten umfassen:

1. Volle Coalitionsfreiheit und gesetzliche Anerkennung von Lohnverabredung und Cartellen der Arbeiter.

2. Den achtstündigen Maximalarbeitstag ohne Klauseln und ohne Ausnahmen.

3. Verbot der Nachtarbeit (mit Ausnahme jener Betriebe, deren technische Natur eine Unterbrechung nicht zulässt).

4. Volle Sonntagsruhe von Samstag abends bis Montag früh.

5. Verbot der Beschäftigung von Kindern unter 14 Jahren.

6. Ausschluss der Frauenarbeit aus den für den weiblichen Organismus besonders schädlichen Betrieben.

7. Alle diese Bestimmungen haben für Betriebe jeder Stufenleiter (Großindustrie, Transportgewerbe, Handwerk, Hausindustrie) zu gelten.

8. Auf Übertretungen dieser Bestimmungen von Seite der Unternehmer sind Arreststrafen gesetzt.

9. Arbeiterorganisationen, welche auf fachlicher und localer Grundlage beruhen, haben durch die von ihnen gewählten Inspectoren bei der Controle der Durchführung der Arbeiterschutzgesetzgebung mitzuwirken.

Die Arbeiterschutzgesetzgebung soll international ausgebaut und in geeigneter Weise auf die Landarbeiter ausgedehnt werden.

4. Resolutionen über die Presse.

Der heutige Parteitag beschließt, alle bereits erscheinenden Blätter der socialdemokratischen Partei, das ist „Arbeiterstimme“, „Volksfreund“, „Gleichheit“ und die slavischen Blätter „Hlas lidu“, „Rovnost“, „Nový Věk Svobody“, „Praca“, sowie die bestehenden Fachblätter als Parteiorgane anzuerkennen.

Ebenso sind auch neuzugründende Blätter, welche auf dem Standpunkte des am 30. und 31. December 1888 und 1. Jänner 1889 beschlossenen Programmes des socialdemokratischen Arbeitertages stehen, als solche anzuerkennen.

Der Parteitag wolle ferner den Wunsch zur Gründung eines monatlich erscheinenden Parteiblattes aussprechen.

* * *

Der Parteitag begrüßt die Absicht der südslavischen Genossen, ein slovenisches Parteiblatt herauszugeben, und gibt dazu gerne seine Zustimmung und Unterstützung.

5. Resolution über die gewerkschaftliche Organisation.

Der Parteitag empfiehlt den Parteigenossen allerorts, besonders aber in den Industriezentren die Gründung von Gewerkvereinen mit möglichster Heranziehung der männlichen und weiblichen Hilfsarbeiter.

6. Resolution über die Arbeiterkammern.

In Erwägung, dass die Arbeiter an der Errichtung von Arbeiterkammern nur dann ein politisches Interesse haben können, wenn mit selben ein Schritt zur Organisierung der Arbeiterklasse geschieht;

in Erwägung, dass eine derartige Vertretung der Lohnarbeiter nur dann ihrem wirtschaftlichen Interesse entspricht, wenn dieselbe ausgerüstet mit ausgedehnten Befugnissen zur Erhebung der Lage der arbeitenden Classe, zur bestimmenden Einflussnahme auf die strenge Durchführung und den nothwendigen Ausbau der Arbeiterschutzgesetzgebung und zur maßgebenden Theilnahme an der Gewerbe-Inspection und mit der Machtvollkommenheit, sich der Organe der staatlichen und communalen Verwaltung zu diesem Zwecke bedienen;

in Erwägung, dass eine zielbewusste Vertretung der Arbeiterschaft nur zustande kommen kann, wenn durch die gegen Maßregelungen gesicherte und unbehinderte Thätigkeit von Gewerkvereinen und Arbeiterverbänden das Classenbewusstsein ein allgemeines und deutliches geworden ist;

in Erwägung dass der Gesetzentwurf über die Errichtung von Arbeiterkammern auch in seiner heutigen Gestalt diesen Voraussetzungen keineswegs entspricht, seine einzelnen Bestimmungen aber, was die Kompetenzgrenzen der Kammern anlangt, bedeutungslos und zweideutig, was aber das active und passive Wahlrecht in dieselben anbelangt, engherzig und einschränkend sind und durch die offene Stimmenabgabe geradezu wertlos werden, dass dieser Gesetzentwurf daher weder nach der wirtschaftlichen noch nach der politischen Seite hin den Gedanken von wirklichen Arbeiterkammern zum Ausdruck bringt;

in Erwägung, dass Parteien und Regierungen, welche die bei uns geübte Handhabung des Vereins- und Coalitionsrechtes zustimmend und stillschweigend zulassen, der ernste Wille zur Ermöglichung einer Organisation der Arbeiterschaft überhaupt nicht zuzutrauen ist;

in schließlicher Erwägung, dass das einzige Ausmaß von parlamentarischer Vertretung, welches der Gesetzentwurf den Arbeitern als Abfindung für das allgemeine Wahlrecht anzubieten wagt, durch den indirecten Wahlmodus ganz ungeeignet ist, den wichtigsten und wesentlichsten Vortheil des allgemeinen Stimmrechtes — die Ermöglichung einer freien Discussion — irgendwie zu ersetzen:

erklärt der Parteitag, dass der Gesetzentwurf über die Errichtung von Arbeiterkammern in seiner früheren sowie in seiner heutigen Gestalt den Anforderungen, welche an eine zweckdienliche Vertretung der Interessen der Lohnarbeiter gestellt werden müssen, weder wirtschaftlich noch politisch entspricht.

7. Resolution über die Volksschule.

In Erwägung, dass die herrschenden Classen nicht nur die Früchte aller materiellen Arbeit für sich in Beschlag nehmen, sondern auch die durch die geistige Arbeit des gesammten Volkes geschaffene Cultur, alles Wissen und alle Bildung, das Ergebniss einer tausendjährigen Arbeit der ganzen Menschheit zu ihrem ausschließlichen Monopol gemacht haben;

in Erwägung, dass darum die socialdemokratische Arbeiterpartei stets in ihren Programmen für die unentgeltliche Schulbildung des gesammten Volkes auf sämtlichen Stufen des Unterrichtes sowie für die vollständige Trennung von Schule und Kirche wie von Staat und Kirche eingetreten ist;

dass die heutige „Volksschule“ mangelhaft und unzulänglich ist und die Interessen der besitzlosen Classen in keiner Weise berücksichtigt,

dass der Ausbau der Schulgesetzgebung im freiheitlichen Sinne, in erster Linie Aufgabe und Beruf der bürgerlichen Parteien, von diesen gleich allen anderen durch ihr ehemaliges freiheitliches Programm gebotenen Pflichten feige vernachlässigt wird;

dass durch den Antrag Liechtenstein auch noch der kärgliche letzte Rest einer gedeihlichen Volksaufklärung beseitigt und alle Zukunft der Jugend bedingungslos der finsternen, freiheitfeindlichen und culturfeindlichen Macht des Clericalismus überliefert werden soll;

in weiterer Erwägung, dass das Proletariat, die große Masse und der Kern des Volkes, der Träger seiner zukünftigen Entwicklung jedes Einflusses und selbst der geringsten Entwicklung auf die Gesetzgebung entbehrt;

erklärt der heutige Parteitag:

Die Arbeiterschaft macht die herrschenden Classen dafür verantwortlich, dass das freche Attentat auf die Schule, welches dieser unerhörte Antrag versucht, mit der gebührenden Energie der Entrüstung zurückgewiesen werde,

macht sie aber gleichzeitig auch für die Folgen der Fortsetzung ihrer bisherigen Lässigkeit verantwortlich, wenn die heutige Schule nicht zu einer wahren, mithin confessionslosen Volksschule fortentwickelt wird, und die Clericalen dadurch zu solcherlei Vergewaltigungen der Freiheit auch für die Zukunft ermuthigt werden.

Zum 2. Punkte der Resolution „politische Rechte“ entwarf Dr. Adler ein tendenziös gefärbtes düsteres Bild über die Rechtsverhältnisse der Arbeiterschaft, während zum 3. Punkte der Resolution „Arbeiterschutzgesetzgebung“ Weigny (Linz) das Referat führte. Er bezeichnete die bisherigen Arbeiterschutzgesetze als untauglich, lückenhaft und formulirte schließlich die Resolution in der oben ersichtlichen Weise. Zum 4. Punkte der Resolution „Presse“ sprach Leissner (Wien). In der Abends abgehaltenen vertraulichen Sitzung wurde das Unterstützungswesen besprochen. Eine Parteisteuer solle zur Unterstützung der Familien der Inhaftirten und zu Zwecken der Agitation eingehoben werden.

Durch die Abnahme einer Monatsrevue — deren Herausgabe in diesem Punkte der Resolution (3. Alinea) als wünschenswert bezeichnet wurde — um den Betrag von 10 Kreuzer soll jeder Genosse die Parteisteuer entrichten.

Die Parteikassa wird in Wien verwaltet und wurden zur Controle die Genossen in Brünn berufen. Dieselben wollten sich jedoch dieser ihnen zugedachten Function nicht unterziehen und vielmehr die Parteigenossen in Krňov (beziehungsweise Boskowitz) dazu berufen. Die Resolutionen Nr. 6 und 7 „Arbeiterkammern und Volksschule“ wurden am 3. Verhandlungstage gefasst.

Mit einem Hoch auf die österreichische Socialdemokratie wurde der Parteitag geschlossen, dessen Verlauf in den Parteiblättern mit großer Zuversicht und mit den weitestgehenden Hoffnungen auf die Zukunft registriert wird. Der Parteitag in Hainfeld wird in gleiche Linie mit dem Einigungscongresse der deutschen Socialdemokratie zu Gotha gestellt.

In der Berichtszeit ist zwar keine verbrecherische Action vorgekommen, welche mit Sicherheit auf die anarchistische Propaganda der That zurückgeführt werden könnte. Es unterliegt jedoch anderseits kaum einem Zweifel, dass vereinzelt Attentaten die in den Vorjahren seitens der Anarchisten verübten Frevelthaten als Muster gedient haben. In dieser Richtung verdienen folgende Vorkommnisse registriert zu werden:

Am 27. Mai Morgens wurde in die Wohnung des Obermeisters Kilian Weber in Kladno eine mit Blei adjustirte Glasbombe von der Straße aus geworfen, ohne dass jedoch Jemand beschädigt wurde. Am 16. October wurde in einem Fenster der Wohnung des Kaufmannes Moritz Stern in Prieřina in Böhmen eine Dynamitpatrone zur Explosion gebracht, wodurch der genannte Kaufmann leicht, dessen Schwiegermutter lebensgefährlich verletzt wurde.

Am 30. October Nachts wurde auf dem Wege von Reichenberg nach Althabendorf eine Sprengbombe unter den Wagen des Tuchfabrikanten Josef Zimmermann geworfen, wodurch dessen Sohn, Karl Zimmermann, eine leichte, der Kutscher hingegen eine tödtliche Verletzung erlitt.

Am 18. November explodirte eine Dynamitpatrone in der Nähe der Wohnung des k. k. Forst- und Domänen-Verwalters Josef Perdaner in Achenkirch in Tirol, welche nur eine Zertrümmerung der Fensterscheiben zur Folge hatte. Die That dürfte auf einen Act der Rache zurückzuführen sein.

Am 23. November erhielten mehre Tischler im Wiener Vororte Rudolfsheim Drohbriefe, worin Brandlegungen in Aussicht gestellt wurden.

Auf das Allerhöchste Regierungs-Jubiläum Seiner k. und k. Apostolischen Majestät lenkten einzelne anarchistische Elemente die Aufmerksamkeit der Parteiangehörigen in London und Amerika, an welche sie zu dem Zwecke herantraten, an diesem Tage in Wien ein Lebenszeichen zu geben. Die Genossen in Amerika wurden ersucht um „Spatzen, welche abgerichtet werden sollen, um zu diesem Feste ein Lied zu singen.“ Für diese Action wurde das Erträgniss eines Weinlesefestes in New-York bestimmt, welches zu diesem Zwecke von dem „Radicalen Arbeiterbunde“, einer anarchistischen Vereinigung von Österreichern in New-York, veranstaltet wurde. Wegen Streitigkeiten mit Most und der von ihm beeinflussten internationalen Arbeiter-Association, sowie infolge schlechten Wetters war die Betheiligung an dem Feste nur eine spärliche und das Erträgniss kaum nennenswert. Hiedurch fehlte es an Mitteln zur Ausführung des erwähnten Projectes. Übrigens wurde auch in einer Wiener Correspondenz, welche in der Nummer 50 der „Autonomie“ vom 22. November enthalten war, die sichere Erwartung ausgesprochen, dass an diesem Tage „der nothwendigen Feier- und Pöllerschtisse“ nicht vergessen wird. In der schamlosesten Weise und geradezu wie rasend geberdete sich das tschechische Revolutionsblatt „Pomsta“ bei der Besprechung des Jubiläumstages und überbot alle ähnlichen Kundgebungen an Heftigkeit und Deutlichkeit der Sprache. Trotz dieser frevelhaften Verhetzungen verlief dieser denkwürdige Tag ohne jedwelche Störung. Im Gegentheil fehlte es nicht an patriotischen und loyalen Kundgebungen der Arbeiterschaft. So veranstaltete in Pola der Arbeiterverein „Fratellanza Polense“ eine erhebende patriotische Feier.

Zu Ende des Jahres wurde in Wien die Wahrnehmung gemacht, dass anarchistische Parteiangehörige sich wieder zu einer neuen geheimen Organisation aufrafften und die abenteuerlichsten Pläne discutirten.

Die Mitglieder, welche sich „schwarze Brüder“ nannten, wurden in der Anzahl von 11 Personen am 17. December bei einem Conventikel betreten. Durch die Verhaftung derselben wurde dieser Geheimbund, welcher den Titel „International“ führte, gesprengt. Am 22. December wurde wieder ein socialistischer Geheimbund in Wien aufgehoben. Derselbe gab sich nach außen hin den Anschein eines harmlosen Rauchclubs, bethätigte zwar keine anarchistischen Tendenzen, war jedoch im socialistischen Interesse thätig.

Die socialdemokratische Partei in Österreich hielt auch in der Berichtszeit ihre Verbindungen mit den Parteiangehörigen im Auslande aufrecht und benützte jeden Anlass zur Kundgebung der Solidarität.

In der Nummer 35 der „Gleichheit“ vom 1. September wurde der Sieg Liebknecht's im sechsten Berliner Wahlkreise mit dem Bemerken gefeiert, dass dieser Sieg auch nicht bedeutungslos für die Genossen in Österreich und die Socialdemokratie aller Länder sei. Er diene für alle zur kräftigen Aufmunterung, gleich unverzagt, gleich energisch, trotz allem, was entgegensteht, zur Fahne der Socialdemokratie zu halten.

In der Versammlung des politischen Vereines „Wahrheit“ vom 10. November gedachte Dr. Victor Adler des zehnjährigen Bestandes des Socialistengesetzes in Deutschland und bezeichnete die Ausdauer und den Opfermuth der Parteiangehörigen in Deutschland als nachahmungswert. Am 18. November wurden im Gewerkevereine der Kürschner die Ergebnisse des letzten Gewerkschaftscongresses in London besprochen.

In welcher Weise die Socialdemokratie fast aller Länder die Theilnahme und das Interesse für den österreichischen Parteitag in Telegrammen und Begrüßungsschreiben bekundete, ist schon oben angedeutet worden.

Gegen Ende des Jahres haben die Buchdrucker und Schriftsetzer in Wien, Brünn und Prag sich durch eine thatkräftige Lohnbewegung bemerkbar gemacht. Durch ihre jahrelange Exklusivität und ihre schwache Betheilung an der Arbeiterbewegung standen dieselben früher den eigentlichen socialistischen Fractionen fern.

In der Berichtszeit proclamirte das Wiener Vereinsorgan „Vorwärts“ den vollständigen Anschluss an die Socialdemokratie, mit deren Unterstützung auch der Strike in Wien und partielle Arbeitseinstellungen in Prag und Brünn unternommen wurden.

Am 6. December erfolgte in Wien auch ein partieller Strike der Knopfdrechsler, welcher jedoch nur eine locale Bedeutung hatte.

Die Gründung gewerkschaftlicher Vereine wird in der Berichtszeit fortgesetzt, um in denselben die socialistische Propaganda zu fördern. Hierbei wird hauptsächlich auf Gewerbe Rücksicht genommen, deren Angehörige bisher der socialistischen Bewegung ferne gestanden sind.

So fand am 25. Juni die constituirende Versammlung des Vereines der Futteralarbeiter statt und am 30. September wurde die Gründung eines Vereines der Gärtner von Wien und Umgebung beschlossen. Auch unter den Rauchfangkehrern und Ziegelschlägern werden Adepten für die socialistischen Ideen zu gewinnen gesucht.

Durch den Tagelöhner Johann Raab sowie durch aufreizende Artikel im Parteiblatt „Gleichheit“ sollte im Monate November insbesondere unter den Ziegelschlägern am Wiener Berge eine socialistische Bewegung in Fluss gesetzt werden. Durch das rechtzeitige Einschreiten der Aufsichtsbehörde, welche den erwähnten Raab sowie den Schuhmacher Ludwig Hader wegen Verbreitung socialistischer Presserzeugnisse in Haft genommen und dieselben nach Verbüßung der ihnen gerichtlich zuerkannten Strafen ausgewiesen hatte, wurde diesen Untrieben in erfolgreicher Weise begegnet.

Eine bemerkenswerte Arbeiterversammlung fand unter der Bezeichnung „deutscher Gehilfenitag“ am 5. November in Reichenberg statt. Vertreter der Gehilfenvereine von Budweis, Arnau, Gablonz, Grottau, Mährisch-Trübau, Hohenelbe, Jungbunzlau und Tetschen beriethen, auf welche Art der deutsche Handwerksstand und auch die deutsche Gesellschaft vor der Überfluthung öechischer Elemente bewahrt werden könnte.

Die Delegirten nahmen auch Stellung gegen Socialdemokratie und Anarchismus.

In Triest fand am 19. August eine Versammlung von Arbeitern zur Gründung eines Arbeitervereines unter dem Titel „Confederazione operaja“ statt, in welchem die Arbeiter ohne Unterschied der Nationalität Aufnahme finden können. Das aufgestellte Programm entbehrt jeder socialistischen Tendenz.

Außer den bereits angeführten Änderungen in der socialdemokratischen Presse ist noch die im October erfolgte Herausgabe der „Freie Schuhmacher-Zeitung“ zu erwähnen.

Die socialdemokratische Wochenschrift „Gleichheit“, welche eine Auflage von circa 5000 Exemplaren hat, bildet das Haupt-Parteiorgan.

Die Einschmuggelung und Verbreitung ausländischer Presserzeugnisse kam im Berichtsjahre nur in vereinzelten Fällen vor.

Am 7. Februar wurde auf dem Bahnhofe in Feldkirch ein Pole mit einem beiläufig 50 Kilo schweren Korbe angehalten, in welchem verschiedene socialistische Druckschriften in polnischer, russischer und hebräischer Sprache sich befanden. Die Verhaftung des Schneiders Ulrich, welcher im Sommer in Böhmen mit einer großen Anzahl anarchistischer Presserzeugnisse festgenommen wurde, ist bereits früher erwähnt worden. Im Herbste wurde an der schweizerisch-vorarlberg'schen Grenze ein aus Paris eingetroffener Passagier gleichfalls wegen Besitzes von socialrevolutionären Zeitungen beanständet. Am 6. November wurde in Wien der Lederarbeiter Herrmann Adam angehalten, welcher sich als Colporteur von Druckschriften der Socialdemokratie in Deutschland entpuppte.

Die Anwendung der Ausnahmsverordnung fand auch in der Berichtszeit nur in den zwingendsten Fällen statt.

Es wurden zehn Individuen ausgewiesen, drei Ausländer abgeschafft. Hingegen wurde 11 Ausgewiesenen und einem Abgeschafften die Rückkehr gestattet.

Seit der am 31. Jänner 1884 erlassenen Ausnahmsverordnung wurde bis zum Schlusse dieses Jahres bei 100 Personen die Ausweisung, bei 4 Individuen die Abschaffung aufgehoben und es wurde die erfreuliche Wahrnehmung gemacht, dass keiner derselben bisher rückfällig wurde. Trotz der beträchtlichen Eindämmung der anarchistischen Bewegung ergab sich im Interesse einer unbehinderten und gesicherten Rechtspflege die Nothwendigkeit, die Wirksamkeit der Geschwornengerichte bezüglich einer Reihe strafbarer Handlungen, wenn denselben anarchistische, auf den gewaltsamen Umsturz der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung gerichtete Bestrebungen zu Grunde liegen, für den Umfang mehrerer Gerichtshofsprengel einzustellen.

Diese mit Verordnung des hohen k. k. Gesamtministeriums vom 1. August 1888 getroffene Verfügung erlischt am 31. Juli 1889.

In **Ungarn** ist die Arbeiterbewegung nach einem kleinen Wellenschlage, welcher infolge des vorjährigen Congresses wahrnehmbar war, abermals in den Zustand der Stagnation zurückgekehrt. Die am 18. März in Budapest veranstaltete und gut besuchte Märzfeier und das am 2. September im Budapester Arbeiterclub zur Erinnerung an Ferdinand Lasalle abgehaltene Fest hatte zwar einen agitatorischen Charakter, jedoch nur eine vorübergehende Bedeutung.

Im Frühjahr unternahm das Parteiblatt „Arbeiter-Wochenchronik“ mit einer Serie von Artikeln unter der Überschrift „Bauer und Arbeiter“ den socialistischen Ideen bei der Landbevölkerung Eingang zu verschaffen, allein auch diese Action hatte keinen nennenswerthen Erfolg. In Ausführung eines Beschlusses des vorjährigen Congresses richtete die ungarische allgemeine Arbeiterpartei eine Petition wegen Einführung des allgemeinen Wahlrechtes an den Reichstag. Unmittelbar vor der parlamentarischen Behandlung dieser Petition wurde die Frage des allgemeinen Wahlrechtes wieder aufgerollt. Der Reichstag ging über die Petition zur Tagesordnung über.

Gegen Ende des Jahres wurden in ungarischen Arbeiterkreisen Schutzgesetze ventilirt und ist an dem Entwurfe eines Unfallversicherungsgesetzes gearbeitet worden.

Die anarchistische Bewegung hat im ganzen Jahre ein Lebenszeichen nicht gegeben, obzwar Beziehungen zwischen Budapest und Pressburg mit den Herausgebern der „Autonomie“ in London constatirt wurden. Dieselben scheinen jedoch nur die Zusendung des genannten Blattes bezweckt zu haben.

In **Deutschland** hat die Socialdemokratie seit dem Congresse in Bruggen, auf welchem die Einigkeit und Parteidisziplin auf Kosten des rechten Flügels hergestellt wurde, einen Umschwung vollzogen, der eine schärfere Betonung des revolutionären Charakters erkennen lässt. In der Sylvesternacht wurden in Berlin viele Tausend Flugblätter incendiarischen Inhaltes verbreitet. Anfangs Jänner wurde in London eine zur Verbreitung in Deutschland bestimmte Flugschrift „Arbeiter! Brüder!“ gedruckt. Dieselbe ist gegen das allgemeine Wahlrecht und gegen den Parlamentarismus gerichtet. Überdies fand die Broschüre „Revolutionäre Regierungen“ in Berlin Verbreitung. Auf Grund dieser Wahrnehmungen kam am 16. Jänner dem deutschen Reichstage die Vorlage eines Socialistengesetzes zu, welches Straf erhöhungen und Normen über Internirung und Expatriirung enthält.

In dem Motivenberichte zu dieser Vorlage wurde angeführt, dass zwar bisher umfangreiche und ernste Störungen der öffentlichen Ordnung nicht vorgekommen sind, dass jedoch aus der Socialdemokratie sich keine auf dem Boden der bestehenden Gesellschaft stehende Reformpartei entwickelt.

Die Mängel des bisherigen Socialistengesetzes zeigten sich in der unverminderten Verbreitung socialistischer und anarchistischer Druckschriften. Die raffinierte Organisation zur Verbreitung dieser revolutionären Presserzeugnisse, sowie andere Misstände könnten nur durch neue Strafen, durch Internirung und durch den Verlust der Staatsangehörigkeit der Theilnehmer bekämpft werden. Diese Maßregeln seien zwar außerordentliche und einschneidende; sie seien jedoch dadurch geboten, dass bei der bloßen Ausweisung die Betroffenen an ihrem nächsten Aufenthaltsorte ihre staatsfeindliche Thätigkeit fortsetzen.

Wer die Existenzbedingungen des Staates verneine und zum gewaltsamen Umsturz alle Kräfte einsetze, dürfe nicht mehr Anspruch haben, ein Angehöriger des von ihm bekämpften Staatswesens zu sein. Weiters wurde auch eine Strafbestimmung für die Verlegung der Agitation ins Ausland als nothwendig befunden, da der Staat nicht ruhig zusehen könne, wie jenseits seiner Grenzen an seiner Zerstörung gearbeitet wird. Hiedurch würde die Betheiligung an den Congressen, welche im Auslande abgehalten werden, unter eine solche Strafbestimmung fallen. Obschon die Maßregeln mit den Cautelen umgeben wurden, dass ihre Zulässigkeit nur durch Richterspruch erklärt werden und ihre Verhängung nur durch die Centralbehörde der Einzelstaaten erfolgen könnte, sprach sich die zur Vorberathung eingesetzte Reichstagscommission gegen die Annahme des Entwurfes aus, worauf der Reichstag am 14. Februar die

von der Regierung beantragte Verschärfung verwarf und die Giltigkeit des früheren Socialistengesetzes auf zwei Jahre verlängerte. Bei den diesbezüglichen Debatten im Reichstage fehlte es nicht an leidenschaftlichen Auseinandersetzungen der socialdemokratischen Abgeordneten, welche das Gebaren des staatspolizeilichen Informationsdienstes in der maßlosesten Weise einer abfälligen Kritik unterzogen und die Thätigkeit sogenannter Agents provocateurs ermittelt zu haben vorgaben. Diese Enthüllungen, welche den Schein der Glaubwürdigkeit durch den Hinweis auf Mittheilungen eines schweizerischen Sicherheitsorganes zu geben versucht wurden, erregten begreiflicherweise großes Aufsehen und beschleunigten eine schon früher eingeleitete Action gegen die bei der Redaction des „Socialdemokrat“ in Zürich thätigen Personen.

Der schweizerische Bundesrath hat vorher in vorläufiger Erledigung der vom eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartement geführten Untersuchung den deutschen Reichsangehörigen Alfred v. Ehrenberg, Peter Emil Schopen, Ignaz Metzler und Christian Haupt den Aufenthalt in der Schweiz verboten.

Bei diesem Anlasse wurde die Erwartung ausgesprochen, dass die Veröffentlichungen der Officin des „Socialdemokrat“ sich innerhalb der Schranken ruhiger und fachlicher Discussion halten und Aufreizungen, Beschimpfungen und beleidigende Ausfälle vermeiden werden. Die Cantonalregierung in Zürich wurde eingeladen, über allfällige Ausschreitungen zu berichten, da in diesem Falle ein Einschreiten gegen die Beteiligten in Aussicht genommen wurde. Die Führer der Socialdemokratie stellten nun die Behauptung auf, dass die erwähnten Ausgewiesenen im Solde der deutschen Polizei standen und zu anarchistischen Umtrieben die Anregung gegeben haben.

Der „Socialdemokrat“ setzte ununterbrochen die aufreizende Polemik gegen Einrichtungen und Behörden des deutschen Reiches fort und wegen des hiedurch erfolgten Missbrauches des Asylrechtes wurden Eduard Bernstein, J. Motteler, H. Schlütter und L. Tauscher, welche die Redaction und Expedition des „Socialdemokrat“ in Hottingen-Zürich besorgten, mittels Bundesrathsbefehles vom 18. April ausgewiesen. Motivirt wurde die Ausweisungsordre damit, dass die Warnung, welche der Redaction des „Socialdemokrat“ zukam, von gar keiner Wirkung gewesen ist und dass dieses Blatt noch weiter fortgeföhren sei, Publicationen zu bringen, welche geeignet waren, die guten Beziehungen der Schweiz zu einem befreundeten Staate zu gefährden, dass demnach seitens der Redactionsmitglieder die schweizerische Gastfreundschaft missbraucht wurde. Diese Verfügung beantworteten die Betreffenden am 21. April mit einem Aufrufe „An alle Freunde der Freiheit und des Rechtes in der Schweiz“, in welchem angedeutet erscheint, dass schweizerische Parteigenossen sich erbötig gemacht haben, sofort die Redaction zu übernehmen. Am 28. April veröffentlichte thatsächlich Conzett, der Inhaber der schweizerischen Genossenschaftsbuchdruckerei in Hottingen-Zürich, eine Erklärung, wonach er mit Unterstützung der bisherigen Mitarbeiter und einiger Schweizer Genossen die Redaction des „Socialdemokrat“ weiter führen wolle und dass man abwarten müsse, ob der schweizerische Bundesrath, was sehr zu bezweifeln sei, nun gegen die Zeitung selbst maßregelnd vorgehen werde.

Seitdem kam es zu vielseitigen Erwägungen, ob das Parteiorgan nach London, wohin sich die ausgewiesenen Mitarbeiter gewendet haben, verlegt werden sollte. Die Radicalen befrworteten dies unter Hinweis auf das Vorgehen des Bundesrathes und in der Erwartung, dass die Sprache des Blattes dann noch energischer und die Verbreitung des Blattes von London aus noch massenhafter sein werde.

Von Zürich aus wurde das Blatt zwar auch nicht direct, sondern zumeist auf Umwegen über Frankreich und Belgien, mitunter über See nach Deutschland expedirt. Schließlich wurde die Übersiedlung des Blattes nach London zur Thatsache, indem die Nummer 40 vom 1. October daselbst erschien.

Trotz der Entscheidung des Reichsgerichtes in der Freiburger Untersuchung setzten die geheimen Parteiorganisationen die Thätigkeit fort und boten gegründeten Anlass zum Einschreiten. Ende Jänner wurde in Posen die Strafverhandlung gegen 17 Socialisten beendet.

Am 13. Februar waren in Halle mehre Socialdemokraten angeklagt, einer geheimen Verbindung anzugehören, deren Zweck unter anderem war, verbotene Schriften zu verbreiten.

Im Monate März erfolgten in Leipzig zahlreiche Verhaftungen wegen Massenverbreitung eines Gedenkblattes zum 18. März.

Die Feier des 18. März in Berlin durch die Socialdemokraten, welche in großer Anzahl die Grabstätten der Märzgefallenen in Friedrichshain besuchten, hatte ein Nachspiel bei dem Strafgerichte.

Am 29. April wurden in Berlin viele Tausend Flugblätter confiscirt, in welchen der Thronwechsel und der Ausschluss der verurtheilten Socialisten von der Amnestie abfällig besprochen wurde. Bei diesem Anlasse wurden gleichfalls mehre Arbeiter verhaftet. Ein in Berlin zur Verbreitung gelangtes Flugblatt hat eine Aufregung in der Partei verursacht.

Eine große Anzahl der Genossen war nämlich mit dem Inhalte nicht einverstanden und sprach die Vermuthung aus, dass die Parteiangehörigen in Berlin sich mit dem Flugblatte ein Kukuksei in das Nest haben legen lassen.

Im Monate Juli wurden in Berlin neuerlich Verhaftungen von Socialisten vorgenommen, weil die angeschlagenen Kaiserproclamationen mit rothen Zetteln überklebt wurden, auf welchen die Worte standen: „Hoch die Socialdemokratie“. Am 24. August wurde in Berlin eine Arbeiterversammlung sogleich nach der Eröffnung aufgelöst. Wegen des hierauf entstandenen Tumultes musste die Polizeimannschaft den Saal räumen. Als sich auf der Straße der Lärm erneuerte, wurden mehre Socialisten verhaftet, welchen Hunderte mit Hochrufen auf Bebel und Liebknecht folgten.

Im Sommer und im Herbste sind mehrere Socialistenprocesse durchgeführt worden, und zwar in München gegen den Reichstagsabgeordneten Auer und 11 Mitschuldige, in Berlin, Hamburg-Altona in Düsseldorf und in Barmen-Ebersfeld. Der am 18. October in Offenburg gegen Geck und Genossen zur Verhandlung gelangte Geheimbundprocess endete mit einem Freispruch der Angeklagten.

Am 28. October fand in Connewitz bei Leipzig eine geheime Versammlung von Socialdemokraten statt. Zehn der Theilnehmer wurden auf dem Heimwege verhaftet und im Laufe der nächsten Tage wurden neuerliche Verhaftungen vorgenommen. Es unterliegt keinem Zweifel, dass diese geheime Versammlung eine Sitzung des für die geheime Organisation der socialdemokratischen Partei bestehenden Leitungscomités war. Am 30. November fand in der Tonhalle in Berlin eine Versammlung statt, in welcher der Abgeordnete Singer gegen den Gesetzentwurf über die Altersversorgung sprach. Als ein Redner meinte, dass man lieber für die möglichst baldige Verwirklichung der Principien agitiren sollte, wurde die Versammlung aufgelöst. Dies gab das Signal zu einem ohrenbetäubenden Lärm und zu demonstrativem Jubel. Langsam leerte sich das Versammlungslocal und auf der Straße setzten sich Hundertert unter Absingung der Arbeitermarsellaise und ähnlicher Lieder in Marsch, zogen gegen Singer's Wohnung, brachten dort ein dreifaches Hoch aus und gingen dann erst auseinander. Am 2. November wurde das gleichfalls auf Freispruch lautende Urtheil im Münchener Geheimbundsprocesse gegen Auer und Genossen publicirt. Begreiflicherweis wurde dieser Processausgang in der Parteipresse bejubelt. Im December endete der in Leipzig gegen 13 Socialisten angestrengte Process mit der Verurtheilung von 12 Angeklagten.

Die Frage der Abhaltung eines internationalen Parteicongresses im Jahre 1888 in Gemäßheit eines auf dem Congresse zu Bruggen gefassten Beschlusses hat die Parteileitung vielseitig beschäftigt. Der Ausschuss der englischen Trades Unions hat nämlich gleichfalls in Ausführung eines auf dem vorjährigen Congresse zu Swansea gefassten Beschlusses einen internationalen Congress behufs Verständigung über ein gemeinsames Vorgehen in allen die Arbeiterinteressen berührenden Fragen nach London einberufen. Da jedoch für diesen Congress dieselben Zulassungsbedingungen aufgestellt wurden wie für die speciellen Gewerkschaftscongresse, wurden die socialdemokratischen Agitatoren von der Theilnahme an diesem Congresse ausgeschlossen. Aber auch einen selbstständigen Gewerkschafts-Congress im Jahre 1888 einzu-berufen, musste die deutsche socialdemokratische Partei aus Gründen der Opportunität unterlassen und sich vielmehr in das Unvermeidliche fügen.

Die socialdemokratische Fraction des deutschen Reichstages erließ am 1. März einen Aufruf „An unsere Parteigenossen und die Arbeiter aller Länder“, worin der Sachverhalt mit der Aufforderung bekannt gegeben wird, den für den Monat November in Aussicht genommenen Gewerkschaftscongress in London nicht zu beschicken, vielmehr die Kräfte zu sparen und dafür einen für das Jahr 1889 einzu-berufenden allgemeinen internationalen Arbeitercongress umso zahlreicher zu besuchen. Das Organ der französischen Possibilisten „Proletariat“ ließ aus Hass gegen die deutsche Socialdemokratie seine Schadenfreude über diesen Zwischenfall erkennen. Am 1. April richtete die socialdemokratische Föderation Englands an den „Socialdemokrat“ eine Aufforderung, die Agitation für die Nichtbeschickung des Londoner Gewerkschaftscongresses zu unterlassen, da dieser dazu benützt werden sollte, die englischen Trades Unions zum Socialismus zu bekehren.

Es wurde zwar seitens der belgischen Socialisten im Interesse der deutschen Socialdemokratie dem „Parlamentary Committee“ der Wunsch ausgesprochen, die „Strading Ordre“ für den abzuhaltenden Gewerkschaftscongress derart abzuändern, dass den Deutschen Zutritt und Theilnahme ermöglicht werde. Ein ähnlicher Antrag wurde auch von schweizerischer Seite gestellt. Diese Schritte blieben jedoch erfolglos, da der parlamentarische Ausschuss der Trades Unions am 15. Mai erklärte, von dem einmal gefassten Beschlusse nicht abzuweichen.

Die deutsche Socialdemokratie erklärte nun endgiltig, diesen Congress keineswegs als einen internationalen anerkennen zu wollen und begann Vorbereitungen für die Einberufung des auf dem Congresse zu Bruggen beschlossenen internationalen Gewerkschaftscongresses, dessen Abhaltung jedoch für das Jahr 1889 in Aussicht genommen wurde.

Einen Beweis für die neuerliche Ausbreitung socialdemokratischer Anschauungen unter der Bevölkerung in Deutschland zeigte die Wahl im VI. Berliner Bezirke am 30. August. Als Sieger mit 26.076 von 41.759 Stimmen ging der socialdemokratische Führer Bebel hervor.

Im Herbste hat die Parteileitung im Hinblick, dass das Mandat des jetzigen Reichstages am 21. Februar 1890 erlischt und die Möglichkeit nicht ausgeschlossen ist, dass derselbe früher aufgelöst wird, Vorbereitungen für die nächste Wahlcampagne begonnen. In einem Aufrufe vom 27. November fordert die socialdemokratische Reichstagsfraction die Genossen auf, Mittel für den Wahlkampf zu sammeln und sich mit der Frage der Candidaten zu befassen. In dem Schriftstücke wird die Erwartung ausgesprochen, „dass eine Million Stimmen und eine entsprechende Anzahl Vertreter das Mindeste sein muss, was die nächsten Wahlen der Socialdemokratie bringen sollen“.

In der Öffentlichkeit hat sich die deutsche Socialdemokratie durch eine umfassende Kundgebung am 21. November zur demonstrativen Feier des zehnjährigen Bestandes des Socialistengesetzes bemerkbar gemacht. In Berlin, Mannheim, Augsburg, Brandenburg, Braunschweig, Chemnitz, Dresden, Eberfeld, Frankfurt am Main, Freiberg, Hannover und in Magdeburg wurde theils durch Fahnen, theils durch Anschläge oder Inschriften auf öffentlichen Plätzen demonstrirt. Auch im Auslande, so in Basel, Bern, Kopenhagen, Zürich und in New-York wurde dieser Jahrestag durch festliche Zusammenkünfte gefeiert. Der im Jahre 1887 gefasste Beschluss anlässlich der zehnjährigen Wirksamkeit des Socialistengesetzes, eine Broschüre herauszugeben, welche sämmtliche auf Grund dieses Gesetzes getroffene behördliche Verfügungen zum Gegenstande haben sollte, konnte nicht zur Ausführung gelangen.

Die Opferwilligkeit der Parteiangehörigen hat sich auch im Jahre 1888 bewährt. Eine für Hasenclever eingeleitete Sammlung ergab allein 13.500 Mark. Die Parteibeziehungen zu den Genossen im Auslande wurden nach wie vor in der lebhaftesten Weise unterhalten.

Liebknecht, welcher schon im März Vorträge in der Schweiz gehalten hatte, setzte in der Zeit vom 26. August bis 10. September die Rundreise durch die Schweiz fort. Seine Vorträge in St. Gallen, Winterthur, Zürich, Bern, Lausanne, Genf, Neuenburg, Basel und Vevey hatten das Wesen und die Ziele der Socialdemokratie zum Gegenstande, bewegten sich übrigens auf längst bekanntem Gebiete, waren ruhig gehalten und ließen keinen besonderen Eindruck zurück. Es verlautete, dass der Zweck der Agitationsweise Liebknecht's einerseits darin bestand, um mit den Schweizer Socialdemokraten Fühlung zu bekommen, anderseits um durch sein persönliches Auftreten eine engere Verbindung der in der Schweiz bestehenden socialdemokratischen Vereine anzubahnen, damit dieselben gewissermaßen einen Rückhalt für die deutsche Socialdemokratie bilden.

Rücksichtlich der gewerkschaftlichen Bewegung erscheinen zwei Genossenschaftscongresse erwähnenswert, welche am Ende des Berichtsjahres abgehalten wurden.

In Braunschweig tagte vom 26. bis 28. December ein allgemeiner deutscher Tischlercongress, in Weimar vom 28. bis 31. December ein allgemeiner Congress deutscher Metallarbeiter. Auf ersterem wurde die Streitfrage, ob locale Organisation oder nationale Centralisation den Interessen der Arbeiter mehr entsprechen, dahin gelöst, dass im allgemeinen eine centrale Organisation als wünschenswert bezeichnet wurde und dass nur im Falle unübersteigbarer Hindernisse starke Localorganisationen zu gründen wären.

Der Metallarbeiter-Congress wurde von 70 Delegirten, welche 46 Orte vertraten, besucht, acceptirte gleichfalls eine Centralorganisation aller Metallarbeiter und forderte unumschränktes Coalitionsrecht und internationale Arbeiterschutzgesetze.

Lohnkämpfe ergaben sich in der Berichtszeit bei den Schuhmachern und den Steinmetzern in Leipzig.

Im Frühjahr hatten in Berlin die Schuhmacher, in Hamburg die Hafenarbeiter und in Gera die Maurer die Arbeit eingestellt.

Im Juli inscenirten gegen 1500 Maurer in Berlin einen Strike. Die anarchistische Bewegung ist seit der Verhaftung des John Neve, welcher die Seele der gegen Deutschland gerichteten anarchistischen Agitation war, bedeutend zurückgegangen.

Nichtsdestoweniger werden noch immer von London aus Versuche unternommen, die Bewegung in Deutschland wachzuhalten und insbesondere Parteischriften nach Deutschland einzuführen. Am 17. Juli ist in Constanz der Kellner Josef Kopera im Besitze von 150 Exemplaren der Londoner „Autonomie“ betreten worden.

Der Genannte war zweifelsohne behufs Besorgung des Druckschriftenschmuggels an die schweizerisch-deutsche Grenze gesendet worden.

Am 4. Juli 1888 wurde in Breslau der Schutzmann Pötter vom Tischlergehilfen Krahl erschossen.

Obschon eine directe Nachricht nicht anher gelangt ist, wonach diese That auf anarchistische Umtriebe zurückzuführen wäre, enthält doch die „Autonomie“ in Nr. 45 vom 14. Juli 1888 eine Notiz, dass der aus Breslau ausgewiesene Anarchist Krahl den „Polizeiagenten“ Pötter in Wien erschossen habe.

In Nr. 46 der „Autonomie“ vom 18. Juli 1888 wurde diese Notiz dahin berichtet, dass der Vorfall in Breslau sich ereignet habe.

In **Russland** ist die Partei der „Narodnaja Wolja“ zwar noch immer in ihrer Miniarbeit thätig, jedoch infolge der Verluste ihrer hingebendsten und thätigsten Führer sehr geschwächt. Das Organ dieser Partei erscheint nicht mehr, und in Genf ist der von Lawrow und Tychomirow redigirte „Wjestnik narodnoi woli“ eingegangen. Schließlich ist Tychomirow, welcher früher das Haupt der social-revolutionären Partei war, von derselben abgefallen. In einer in französischer Sprache erschienenen Schrift hat sich Tychomirow offen vom Terrorismus losgesagt und eine Schwenkung zu Socialdemokratie, beziehungsweise zum politischen Radicalismus gemacht.

Tychomirow erklärte, dass der terroristische Kampf vergeblich sei, wenn die nihilistische Partei schwach und nur über das eine Kampfmittel, den Terror, verfüge. Wenn aber auch die Partei hinreichend stark sei, dann sei diese Kampfweise ohnehin überflüssig. Tychomirow ließ die Zukunftsfrage und diejenige der Taktik offen, doch involvirte sein Standpunkt vollends einen Abfall von der terroristischen Partei. Dieses Ereigniss hat die Parteiangehörigen völlig verblüfft und die socialdemokratische Partei, welche sich auch in Russland als Zukunftspartei betrachtet, bemüht sich, Tychomirow vollständig zu sich herüberzuziehen.

Im Lager der russischen Emigration entstanden Misshelligkeiten, da sich Parteiungen für und gegen Tychomirow bildeten. Jede der beiden Parteien sammelte Agitationsmittel und von einer gemeinschaftlichen Action war keine Rede mehr. Trotzdem die terroristische Partei durch den Abfall Tychomirow's neuerlich einen empfindlichen Schlag erlitten hatte, gab sie doch bald wieder ein Lebenszeichen durch das Erscheinen des Parteiblattes „Samoprawlenie“ (Selbstverwaltung).

Die erste Nummer erschien im Anfange des Jahres, die zweite Nummer trug das Datum „Mai 1888“, umfasste 48 Quartseiten und eine Anzahl innerer und äußerer Merkmale ließen darauf schließen, dass die Zeitschrift in einer geheimen Typographie in St. Petersburg gedruckt worden sei. Das Erscheinen dieser Zeitschrift war um so überraschender, als es eine zeitlang den Anschein gewonnen hatte, dass die Hydra des russischen Terrorismus bereits vernichtet sei. Allein auch die russische Socialdemokratie blieb nicht unthätig.

Im Monate September erschien in Form einer umfangreichen Broschüre ein nicht periodisches Organ der russischen Socialdemokratie, der „Socialdemokrat“.

Das neue russische Parteiorgan steht ganz auf Marxistischem Boden, Organisation und Taktik der deutschen Socialdemokratie dienen ihm zum Vorbilde und Beiträge haben Vera Sassulitsch, Plechanow, Axelrod und der französische Socialist Lafargue geliefert. Diese socialdemokratische Manifestation hat unter den russischen Terroristen wie eine Bombe eingeschlagen und das Maß der Verwirrung vollgemacht.

Von St. Petersburg wurden noch immer energische Anstrengungen gemacht, wenigstens äußerlich die Einheit zu erhalten. Nun ist alles zerfallen und die Parteilosigkeit war das Gepräge der russischen Emigration. Die Terroristen fanden es lächerlich, die Taktik der deutschen Socialdemokratie auf Russland übertragen zu wollen und insinuirten den russischen Socialdemokraten eine Verständigung mit den sogenannten Constitutionellen, um sodann eine radicale politische Partei zu bilden. Die Organisation der russischen socialdemokratischen Partei blieb jedenfalls ein Ereigniss von weittragender Bedeutung, die darin gelegen ist, dass zugleich mit der russischen Socialdemokratie die Allianz zwischen dem revolutionären Liberalismus und der Arbeiterpartei zutage trat. Im October fand in Montreux eine Versammlung der Häupter der russischen Socialdemokratie und eines Kreises von Gesinnungsgenossen statt, wobei die definitive Parteiorganisation erfolgt ist. Es ist bezeichnend, dass die Schweiz, einst die bedeutendste Waffenschmiede der Revolutionäre, nunmehr gewissermaßen eine europäische Abkühlungs- und Ernüchterungsstation geworden ist, da dort sogar russische Terroristen Socialdemokraten wurden.

Mitte October waren Nachrichten verbreitet, wonach in St. Petersburg eine Verschwörung gegen den Czar entdeckt wurde. In einem Keller wurden große Quantitäten von Dynamitbomben gefunden, infolge dessen zwei Nihilisten festgenommen wurden.

Die allgemeine Freude über die Errettung des Czars und der kaiserlichen Familie bei dem Eisenbahnunfalle in der Station Borki am 20. October war anfangs einigermaßen durch die Ungewissheit getrübt, ob das Ereignis nicht auf eine verbrecherische Action der terroristischen Partei zurückzuführen sei.

In **England** ist im Berichtsjahre die Zahl der Anhänger der socialistischen Partei nicht unbedeutend gestiegen. Die beiden hervorragendsten Fractionen, die „Socialdemocratic Federation“ und die „Socialist League“, gründen in den Industriezentren ein Netz von Zweigvereinen.

Im Beginne des Jahres befassten sich die socialistischen Organisationen mit der Frage der Gründung freier confessionsloser Schulen. Hiezu gaben die in London befindlichen Gruppen ausländischer Revolutionäre den Anlass, indem sie am 22. Jänner eine schriftliche Aufforderung an die vorgeannten zwei englischen Socialistenverbände richteten, dieser Angelegenheit sich anzunehmen und den Gegenstand einer allgemeinen Delegirtenversammlung sämtlicher socialistischer Organisationen Londons zu unterbreiten.

Das ehemalige Parlamentsmitglied Graham Cunninham und der socialistische Agitator Burns wurden wegen Anstiftens ungesetzlicher Zusammenrottung auf dem Trafalgar Square Ende des Jahres 1887 zu sechs Wochen Arrest verurtheilt. Als dieselben im Monate Februar in Freiheit gesetzt wurden, fand ihnen zu Ehren eine große Demonstration statt, an welcher mehrere Tausend Personen theilnahmen, Mit dem Beschlusse, die Rede-, Versammlungs- und Aufzugsfreiheit mit allen Mitteln aufrecht zu erhalten, endete diese Kundgebung.

Es wurde jedoch am 10. Mai vorerst nur ein schlichter Versuch unternommen, in Trafalgar Square zusammentreffen, um, wie es hieß, zu sehen, ob es noch möglich sei, dass sich Leute auf diesem Platze begegnen und mit einander sprechen können, nachdem die Abhaltung öffentlicher Versammlungen im Vorjahre polizeilich verboten wurde. Es fanden sich circa 2000 Personen, Socialisten und in deren Gefolge gewohnheitsmäßige Müssiggänger und sonstiges zu Excessen geneigtes Proletariat ein. Kaum dass einer der socialistischen Führer den Versuch machte, die Menge anzureden, begann die Polizei den Platz zu säubern. Während sonst zumeist nur London der Schauplatz großer socialistischer Meetings war, wurden im Berichtsjahre große Arbeiterversammlungen auch in den Countys, so im Monate Mai in Blackston-Edge, dem Grenzpunkte der beiden Grafschaften Lancashire und Yorkshire, abgehalten. In London fand am 21. Juli im Hydepark eine große Kundgebung gegen das Sweatingssystem statt. Die Betheiligung war eine massenhafte und es wurde heftige Anklage gegen dieses System erhoben. In der Hausindustrie fließt nämlich ein großer Theil des Lohnes in die Hände ausbeutender Zwischenpersonen, welche Factoren oder Lohnmeister genannt werden, wodurch die Löhne ungemein herabgedrückt werden.

Im Monate August hielt die „Socialdemocratic Federation“ einen Congress ab, auf welchem eine Resolution angenommen wurde, wonach unter Anerkennung der Vortheile einer lebhaften Verbindung mit den socialistischen Parteien des Continentes jeder nationalen Verbindung das Recht gewahrt wird, jenes Ziel und jene Taktik zu verfolgen, welche von den Genossen des betreffenden Landes als die beste erachtet wird. Deshalb sei es nothwendig, dass Ausländer sich der Führung der nationalen Partei, welche sie zu unterstützen suchen und mit welcher sie zu arbeiten wünschen, unterwerfen.

In der socialistischen League ist ein Zwiespalt durch die Frage der Wahlbetheiligung entstanden. In der vorjährigen Conferenz der League wurde Wahlenthaltung beschlossen. Ein Zweigverein, die Bloomsbury-Branche, war damit nicht einverstanden und verlangte von dem Executivrathe die Annullirung dieses Beschlusses, welchem Verlangen jedoch nicht nachgegeben wurde. Der genannte Zweigverein trat aus der League aus und gründete eine selbständige Organisation.

Mit dem Eintritte der rauhen Jahreszeit begannen, wenn auch nicht in dem Umfange wie in den Vorjahren, die Umzüge der Beschäftigungslosen und im Monate November fanden Demonstrationen zur Erinnerung an die im Vorjahre in Chicago erfolgte Justificirung von vier Anarchisten statt.

Die Socialist League arrangirte Meetings und lud dazu die Gattin des hingerichteten Parsons ein, welche auch bei allen Meetings sprach. An der Versammlung am 11. November im Hydepark theiligten sich alle socialistischen Gruppen, sowohl englische, wie russische, schwedische und deutsche.

Am 12. November war eine Demonstration in Wornum Hall und am 18. December im Victoria Park. Auch in Hull wurde eine Gedächtnisfeier gehalten.

Im Monate December fand in Clerkenwell Gren ein großes Meeting von Arbeitslosen statt, welches eine Deputation an den Lord Major absendete. Eine Ordnungsstörung kam jedoch nicht vor, trotzdem der dieser Deputation ertheilte Bescheid die Massen keineswegs befriedigte.

In der vorjährigen Übersicht wurde bereits der Umschwung bezeichnet, welcher in der englischen gewerkschaftlichen Bewegung sich in der Richtung vollzogen, dass die Trades Unions auch in das socialistische Fahrwasser gerathen sind und den rücksichtslosen Kampf gegen die Macht des Capitaless auf ihre Fahne geschrieben haben.

In Bradford wurde in der Zeit vom 3. bis zum 8. September der 21. Jahrescongress der englischen Gewerkschaften abgehalten. Den Mittelpunkt der Discussion bildete die Constituirung einer selbstständigen Arbeiterpartei und die Normirung eines achtstündigen Arbeitstages. In einer Resolution wurde die

Erschwerung der Einwanderung mittelloser und arbeitsuntüchtiger Personen (Paupers) verlangt. Weiters wurde die Gründung von Arbeiterwahlvereinen im ganzen Lande als wünschenswert bezeichnet, um bei den nächsten Wahlen als unabhängige Arbeiterpartei eigene Candidaten aufzustellen. Wenn auch nicht in Abrede gestellt werden kann, dass die Congresstheilnehmer maßvoll sich verhielten, so liefert doch der Verlauf dieses Congresses den Beweis, dass in den englischen Gewerkschaften nach und nach die conservativen Tendenzen den Boden verlieren.

In dem schon früher erwähnten Conflict des parlamentarischen Comités der Trades Unions mit der Socialdemokratie in Deutschland anlässlich der Ausschreibung des internationalen Gewerkschaftscongresses haben die deutschen Gewerkschaften in Amerika Partei für die deutsche Socialdemokratie ergriffen, deren Standpunkt sie acceptirten. Die Eröffnung des Congresses fand am 6. November in der St. Andrews Hall in London statt.

An dem Congress betheiligten sich 78 englische, 18 französische, 13 holländische, 10 belgische, 2 dänische Delegirte und 1 italienischer Delegirter. Aus der Schweiz, aus Österreich, Deutschland, Russland, Spanien, Portugal, Schweden und Norwegen wurde der Congress nicht beschiedt. Außereuropäische Länder waren gar nicht vertreten.

Die Tagesordnung desselben bildeten folgende Fragen:

1. Welches sind die besten Mittel, um die Gesetze, welche einer internationalen Vereinigung der Arbeiter im Wege stehen, zu beseitigen?
2. Praktische Massnahmen für eine internationale Vereinigung der Arbeiter.
3. Internationale Regelung der Arbeitsstunden.
4. Ist es rathsam oder nicht, dass der Staat sich einmischt, um die Arbeitsstunden zu regeln?

Schon bei der Wahl des Geschäftsordnungscomités entstanden derartige Differenzen, dass für einen Augenblick der Bestand des Congresses gefährdet war. Die Engländer forderten im Hinblick auf die größere Anzahl ihrer Delegirten eine stärkere Vertretung in der Commission, während die übrigen Congresstheilnehmer für jede Nation nur Einen Vertreter als zulässig erklärten.

Schließlich wurden den Engländern vier, den übrigen Nationen fünf Vertreter zuerkannt.

Bei der Verlesung der Berichte über die Lage der Arbeiter in den einzelnen Ländern gab der belgische Delegirte Anseele die Anregung, dass die Arbeiter aller derjenigen Länder, in denen das Versammlungsrecht besteht, an einem bestimmten Tage, zum Beispiel am 1. Mai eines jeden Jahres, für die Beseitigung der die Freiheit in ihren Bewegungen hemmenden Gesetze manifestiren mögen. Er bemerkte, dass ein derartiger Massenprotest sicherlich seine Wirkung nicht verfehlen, vielmehr den internationalen Gedanken fördern und die Herrschenden von der steigenden Flut überzeugen werde. Der Congress nahm folgende Resolution an:

„Die Arbeiterparteien in den verschiedenen Ländern werden aufgefordert, die Abschaffung aller Gesetze, nationaler wie internationaler, welche die freie Vereinigung der Arbeiter hindern, in ihr Programm aufzunehmen und dafür zu agitiren.“

Weiters wurde folgender Antrag des französischen Delegierten Gelé zum Beschlusse erhoben:

„Die Arbeiter aller Länder aufzufordern, sich in Gewerkschaften zu organisiren, die organisirten Gewerkschaften einzuladen, Arbeitsbörsen zu gründen, welche zum Zwecke der Statistik unter sich Verbindungen herstellen sollen. Die so organisirten Arbeiter sollen sich im Gegensatz zu allen andern politischen Parteien sowohl in politischer wie ökonomischer Hinsicht als Classe constituiren und die Vereinigung politischer Macht in der Gemeinde, der Provinz und dem Staate anstreben. Die Arbeiterparteien der verschiedenen Länder sollen nationale Comités bilden, welche im beständigen Zusammenhange untereinander stehen und so eine Verständigung der Arbeiter der ganzen Welt in allen Fragen möglich machen, welche sie gemeinsam berühren. Ein internationaler Congress soll jedes Jahr stattfinden, womöglich in einem der betheiligten Länder. Auf dem nächsten Congress sollen die Einzelheiten der Organisation festgestellt werden.“

Zu dem Punkte „Beschränkung der Production durch Verkürzung der Arbeitszeit“ wurde in einer Resolution die Forderung aufgestellt, dass der Arbeitstag acht Stunden nicht überschreiten soll. Weiters sprach sich der Congress für das Princip des Schiedsgerichtes an Stelle des Krieges aus. Zum Schlusse wurde dem Bedauern über die Abwesenheit der österreichischen, deutschen und russischen Arbeitervertreter, sowie der Hoffnung Ausdruck gegeben, dass man in Zukunft Mittel und Wege finden werde, die Theilnahme derselben ohne Gefahr für die vertretenen Körperschaften möglich zu machen.

Der Verlauf des Congresses, welcher am 10. November geschlossen wurde, zeigte, dass die entscheidenden Beschlüsse im socialistischen Sinne ausgefallen sind. Sehr bemerkt wurde, dass die französischen Delegirten bei jeder Gelegenheit ihre Sympathie für die Socialdemokratie in Deutschland in der lebhaftesten Weise zum Ausdruck brachten.

Äußerungen des belgischen Delegierten Ansele, welcher die Erwartung aussprach, dass die Internationale wieder erwachen werde, gaben Anlass zu Journalnachrichten, wonach die Wiedererrichtung der Internationale auf dem Congresse beschlossen worden wäre.

In der Sitzung vom 10. November wurde weiters beschlossen, dass der Vorschlag einer internationalen Arbeitergesetzgebung endgiltig auf dem internationalen Congresse zur Abstimmung gelange, welcher gemäß des im Jahre 1886 seitens der internationalen Conferenz gefassten Beschlusses im Jahre 1889 in Paris stattfinden solle. Mit der Organisation dieses Congresses wurde die Föderation der socialistischen Arbeiter Frankreichs betraut. Das Nationalcomité dieser Föderation erließ im Monat December einen Aufruf zur Beschickung dieses Congresses. Infolge dessen verzichtete die deutsche Socialdemokratie auf die Einberufung eines selbständigen internationalen Gewerkschaftscongresses, und wird den in Frankreich im Jahre 1889 stattfindenden unter der Bedingung beschicken, dass die französischen Arbeiter sich bezüglich dieses Congresses einigen.

Von den in London befindlichen ausländischen Revolutionären sind die Sectionen des communistischen Arbeiterbildungs-Vereines, der Club „Autonomie“ und die Gruppe der russischen Juden besonders bemerkenswert. Dieselben veranstalteten gemeinschaftlich eine internationale Communefeier und überdies fand am 17. März im communistischen Arbeiterbildungs-Vereine und im Locale des Clubs „Autonomie“ eine besondere Märzfeier statt. Im Monate März haben die vereinigten socialistischen Gruppen in London gemeinschaftlich eine Broschüre über den Anarchistenprocess in Chicago herausgegeben, welche zur Agitation unter den englisch redenden Arbeitern bestimmt wurde. Als die ersten Tausend Exemplare verbreitet waren, wurde die Wahrnehmung gemacht, dass das Buch an Zugkraft verloren habe.

Der Streit zwischen den Mostianern und dem Club „Autonomie“ dauerte fort und wurde durch ehemalige Mitglieder des Clubs „Autonomie“, welche nach Amerika ausgewandert sind, von New-York aus geschürt. Infolge der Enthüllung des deutschen „Socialdemokrat“ über das Spitzelwesen unter den Anarchisten entstanden Conflicte zwischen den Autonomisten und der II. Section des communistischen Arbeiterbildungs-Vereines, welche dahin führten, dass der ehemalige Redacteur der „Londoner freien Presse“, Ferdinand Gilles, im Locale des Clubs „Autonomie“ misshandelt wurde. Schließlich hatte die II. Section des communistischen Arbeiterbildungs-Vereines die Affiliation mit der Gruppe „Autonomie“ Ende November gänzlich aufgehoben.

Mit dem Eintritte des Wiener Schriftsetzers Rudolf Hanser in die Redaction der „Londoner freien Presse“ hat das Blatt sich vollends auf den revolutionären Standpunkt gestellt. Dieses Blatt hat insofern für Österreich an Bedeutung gewonnen, als Hanser infolge seiner Beziehungen zu socialistischen Elementen in der Heimat alle Mittel benützt, um das Blatt nach Österreich einzuschmuggeln.

Der Club der russischen Juden hat im Berichtsjahre Fortschritte gemacht, sein Locale in Nr. 44 Berner Street bedeutend vergrößert und eine eigene Druckerei für das Parteiorgan „Arbeiterfreund“ errichtet. Von diesem Blatte werden 300 Exemplare an den in New-York gleichfalls aus russischen Juden gebildeten Club „Pionniere der Freiheit“ gesendet. Die Verhältnisse des für Österreich wichtigsten Clubs und des Parteiblattes „Autonomie“ sind misslich gewesen. Um die Mitglieder nicht kopfscheu zu machen, wurden die derouten finanziellen Verhältnisse von den Clubfunctionären geheim gehalten. Ruf, der Wirt im Clubhause, hat die Lease verpfändet. Die Geldfrage beeinträchtigte umso mehr jede Action, als der Besuch des Clubs täglich abgenommen hat. Unter diesen Umständen war die Agitation für den Continent, insbesondere in der ersten Hälfte des Berichtjahres, nur eine geringe und die ganze Parteithätigkeit beschränkte sich wenigstens in der ersten Hälfte des Berichtjahres fast nur auf die Expedition des Parteiorganes. Die Kosten der Herstellung und der Expedition des Blattes verursachten bei jeder Nummer ein Deficit von circa 30 Schilling, welches durch freiwillige Beiträge, durch Erträgnisse von Festen, durch Sammlungen und hauptsächlich durch Zuschüsse aus Amerika mit Mühe gedeckt wurde. Die in diesem Blatte häufig vorkommenden Correspondenzen aus Wien lassen erkennen, welche Aufmerksamkeit ununterbrochen den Verhältnissen in Österreich geschenkt wird. Der Club „Autonomie“ ließ im Berichtsjahre 2 Hefte der anarchistisch-communistischen Bibliothek, welche deutsche Übersetzungen von Broschüren Krapotkin's bilden, erscheinen. Im Sommer entwickelte der Club „Autonomie“, eine etwas lebhaftere Thätigkeit. In einem Berichte an die Genossen in New-York erwähnte Rau, dass eine Grenzpost nach Österreich und Deutschland errichtet wurde, dass im Club ein regeres Leben herrschte, und dass in einem entfernten Theile Londons eine neue Gruppe gebildet wurde. Im Frühjahr reiste der Glasmaler August Thaute nach der Schweiz ab, um von dort aus einen Schmuggelweg für Druckschriften nach Österreich ausfindig zu machen. Die Herausgabe von Flugblättern, welche zur Verbreitung in Österreich und Deutschland bestimmt waren, die Bearbeitung einer zur Agitation unter der Landbevölkerung bestimmten Broschüre, die Entsendung von Emissären, wie z. B. die des Schneiders Ulrich und des Kellners Kopera, wurden bereits oben erwähnt. Infolge der Verhaftung Ulrich's und als es bekannt wurde, dass der Faiseur

des Clubs, Rau, nach Amerika um die Übersendung von Explosivstoffen schrieb, wurden Rau sowie andere bekannte Anarchisten aus Österreich, darunter der Schneider Jonata, von den Polizeiorganen in London unter Beobachtung gestellt.

Dieser Zwischenfall verursachte in den anarchistischen Kreisen Londons eine große Aufregung. Er hatte jedenfalls den heilsamen Erfolg, dass ein Gefühl der Unsicherheit sich der anarchistischen Agitatoren bemächtigte, wodurch dieselben in ihren geplanten Actionen empfindlich gestört wurden.

Die Thätigkeit des Anarchisten Jonata in London hat auch im Berichtsjahre die vollste Aufmerksamkeit in Anspruch genommen. Er ließ zwei Nummern seines im geheimen gedruckten Blattes „Revoluce“ erscheinen, welches an Charakterlosigkeit und Cynismus der „Pomsta“ nicht nachsteht. Er sendete die Flugschrift „Rebellův jarní vzpomínky“ (Frühlingsgedanken der Rebellen) nach Österreich und gründete schließlich einen selbständigen Club in 15 Poland Str. Oxford Str. W. in London, welcher insofern dem Club „Autonomie“ Concurrenz bietet, als die meisten čechisch sprechenden Anarchisten aus Österreich, welche sonst den Club „Autonomie“ frequentirten, in den Club Jonata's eintraten. Jonata betreibt eine Auskocherei und verpflegt über 30 čechische Arbeiter, welche er mehr oder weniger benützt, um neue Beziehungen und Verbindungen in Böhmen und Mähren zu propagandistischen Zwecken anzuknüpfen. Jonata trug sich eine Zeit lang mit dem Plane herum, ein čechisches Parteiorgan in London öffentlich erscheinen zu lassen und sich mit deutschen Anarchisten zu affiliiren. Dieses Project kann jedoch als gescheitert betrachtet werden, und die jüngst eingelangten Nachrichten gehen dahin, dass Jonata das Clublocal wieder verkaufen und ein gewöhnliches Wirtshaus errichten will.

In **Irland** sind im Beginne des Berichtsjahres die Pächterausweisungen noch immer auf heftigen Widerstand gestoßen.

Im Monate Juli wurden zwei grässliche Morde im westlichen Irland verübt. Unweit Listowell wurde der Pächter Forham auf dem Rückwege von Tranlee von zwei vermummten Männern erschossen und unweit Kantuk wurde ein Mann, welcher für einen unbeliebten Pächter arbeitete, ermordet.

In letzter Zeit sind aus Irland neuerlich Agrarverbrechen gemeldet worden und es scheint die Unterdrückung der Nationalliga und das für Irland erlassene Special-Strafgesetz den gehegten Erwartungen bisher denn doch nicht entsprochen zu haben.

In **Frankreich** hat die Arbeiterbewegung im Berichtsjahre infolge der ungewissen politischen Lage an Bedeutung gewonnen.

Als der Pariser Gemeinderath, in welchem die Socialisten das große Wort führen, im Monate Jänner aus einer von den Gewerkschaften präsentirten Liste fünf Arbeitsinspectoren gewählt hatte, entstanden einerseits zwischen Possibilisten, anderseits zwischen Collectivisten und anderen socialistischen Fractionen heftige Zänkereien. Die socialistischen Deputirten sind mehrfach für die Interessen der Arbeiterschaft eingetreten. Bei der Eröffnung der Kammer brachten sie einen Antrag auf Amnestie aller politischen Vergehen ein und forderten die Begnadigung der anlässlich des Strikes in Decazeville verurtheilten Kohlengräber. Weiters beantragte die Gruppe eine Verschärfung des Gesetzes vom Jahre 1884, wonach jede Beschränkung des gewerkschaftlichen Organisationsrechtes der Arbeiter strafbar ist.

Louise Michel setzte auch im Jahre 1888 ihre Wanderpredigten zur Verhetzung der Massen fort. Als sie am 21. Jänner zu Havre einen solchen Vortrag hielt, feuerte ein Lageraufseher, namens Lucas, zwei Revolverschüsse auf die Rednerin, wodurch dieselbe schwer verwundet wurde.

Im Pariser Gemeinderathe errangen die Socialisten Ende Februar einen Erfolg durch die Wahl des Parteiangehörigen Joffrin zum Vicepräsidenten.

In diesem Monate kam es in mehreren Städten im südlichen Frankreich zu großen Excessen zwischen einheimischen und fremden Arbeitern.

In Bordeaux fand am 26. Februar ein großes Meeting der Arbeitslosen statt, in welchem die Ausschließung aller fremden Arbeiter von den Communalunternehmungen und eine Kopfsteuer für jeden ausländischen Arbeiter gefordert wurde. Eine Delegation von drei Personen wurde nach den Industriebezirken entsendet, um daselbst für diese Beschlüsse zu agitiren. In der Deputirtenkammer stellte Pradon formell den Antrag auf Festsetzung einer Kopfsteuer für fremde Arbeiter.

Im Monate Februar musste das Pariser socialdemokratische Blatt „Socialiste“ wegen misslicher finanzieller Lage sein Erscheinen einstellen. Jules Quesde, Lafargue und Deville waren die hervorragendsten Mitarbeiter bei diesem Blatte.

Fast in sämmtlichen Bezirken von Paris wurde am 18. März eine Feier der Commune veranstaltet.

Die fast vollständig socialistische Gemeindevertretung in dem Pariser Vororte St. Queu gründete anlässlich dieser Feier ein Asyl für die „Invaliden der Arbeit.“ Bei der von Collectivisten veranstalteten

Feier hielt Jules Quesde eine Rede, welche insofern bemerkenswert ist, als er gegen den Boulangismus Stellung nahm. In dieser Frage schien für den Moment eine Einigung aller Socialisten erzielt worden zu sein.

Bei einem am 20. März in der Salle Favre in Belleville abgehaltenen Volksversammlung kam es zu einer Schlägerei zwischen Socialisten und Anhängern Boulanger's.

Die im Vorjahre in Paris eingerichtete Arbeiterbörse erfreute sich großer Beliebtheit in Arbeiterkreisen. Nach und nach wurden Klagen gegen die Stellenvermittlungs-Bureaux laut und am 5. April fand ein Meeting der Socialisten vor der Arbeiterbörse statt, bei welchem heftige Reden gegen die Stellenvermittlungs-Bureaux gehalten wurden. Die Versammelten zogen sodann nach den Hallen, wo sie jedoch von der Polizei zerstreut wurden. Die Agitationen des Generals Boulanger nahmen immer mehr die Aufmerksamkeit der socialistischen Fractionen in Anspruch, und die früher gehegte Annahme, dass diese Frage eine dauernde Concentration aller socialistischen Organisationen im Gefolge haben werde, erwies sich bald als unbegründet. Die Possibilisten gingen nämlich Hand in Hand mit Radicalen und Opportunisten und gründeten mit diesen eine Gesellschaft der Menschenrechte („Société des droits de l'homme et du citoyen“). In dem Parteiblatt der Possibilisten nahm die Behandlung des Boulangismus einen solchen Raum ein, dass die Erörterung socialistischer Fragen in den Hintergrund trat. Die Collectivisten und sonstigen Socialisten bekämpften zwar auch heftig den Boulangismus, schlossen sich jedoch nicht an die Bourgeois an. Das Vorgehen der Possibilisten hat in socialistischen Kreisen böses Blut verursacht und der Commune-general Cluseret bezeichnet diese Action als Begräbniss des Possibilismus als socialistische Partei.

Vom 11. bis 15. April hat in Carmaux der fünfte Congress der „Federation der französischen Bergwerksarbeiter“ getagt. Die Föderation ist gebildet aus den Gewerkschaften der Minenarbeiter der wichtigsten französischen Kohlenbecken. Auf dem Congresse führte der Deputirte Basly den Vorsitz. Die Verhandlungen bezogen sich auf die Revision der Gesetze über die Gewerkschaften, auf die Normirung einer 14tägigen Ablohnung, auf die Fixirung eines achtstündigen Normalarbeitstages, auf die Errichtung von Unterstützungs- und Pensionskassen und auf die Einführung eines Gesetzes über die Unfallversicherung. Am 27. Mai veranstalteten die socialistischen Parteien zum Andenken „an die blutige Maiwoche“ eine Gedächtnisfeier. Die Manifestation der Possibilisten fand Vormittags statt und verlief ohne bemerkenswerten Zwischenfall. Nachmittags zogen die übrigen socialistischen Parteien in einer Stärke von einigen Tausenden nach dem Père-Lachaise. Ein vom „Intransigeant“ für das Grab der Communards gesendeter Kranz veranlasste einen heftigen Tumult. Drei Anarchisten, auf deren Bannern die Inschrift „Den Märtyrern von Chicago“ ersichtlich war, protestirten gegen die Niederlegung dieses Kranzes und einer von den Anarchisten feuerte auf die Träger des Kranzes, traf jedoch den Delegirten der Blanquisten. Es entstand eine große Aufregung und die Anarchisten wären gelyncht worden, wenn es ihnen nicht gelungen wäre, zu entweichen.

In der letzten Hälfte des Monats Mai fand in der Deputirtenkammer die erste Lesung einer Gesetzesvorlage, den Arbeiterschutz betreffend, statt. Das Gesetz behandelt die Haftpflicht der Arbeitgeber bei Unglücksfällen der Arbeiter und die Unfallversicherung. Fast unmittelbar nachher beschäftigte sich die Kammer mit der Frauen- und Kinderarbeit. Die Berathung dieser Gesetze ist ohne Rücksicht auf deren hohe Bedeutung an der Arbeiterwelt völlig unbemerkt vorübergegangen. Dagegen waren die Parteiblätter mit spaltenlangen Artikeln über Politik erfüllt. Vom 17. bis 25. Juni hielt die Federation des Centrums der Arbeiterpartei (Possibilisten) in Paris den neunten regionalen Jahrescongress ab. Derselbe wurde von 100 Delegirten besetzt und beschäftigte sich mit folgenden Verhandlungspunkten:

1. Die gemeinwirtschaftlichen Betriebe (services publics).
2. die Reglementation der Arbeit und
3. der Fachunterricht.

Die in dieser Richtung gefassten Beschlüsse ergaben nichts Neues.

Eine große Anzahl von Lohnkämpfen bewegte im Berichtsjahre das ökonomische Frankreich. Dieselben gewannen dadurch an Bedeutung, dass sie nicht allein die Verbesserung der materiellen Lage, sondern auch socialpolitische Ziele zur Grundlage hatten. Diese Strikes boten auch zur Wahrnehmung Gelegenheit, dass bei ihnen die Tendenzen der verschiedenen Parteien, welche die Arbeitermassen in die Hand zu bekommen sich bestreben, ganz offen zutage treten und dass es den Massen selbst klar wurde, wie sie nur als Mittel benützt werden, um einzelnen Führern die Wege zur politischen Macht zu ebneten.

Zuerst stellten die Glasarbeiter in einigen Fabriken von Paris und Umgebung die Arbeit ein. Hier spielte die Union des chambres syndicales eine große Rolle und auch der Pariser Gemeinderath trat in fast demonstrativer Weise zu Gunsten der Strikenden ein.

Ende Juli brach ein Strike von mehreren Tausend Erdarbeitern in Paris aus, welchem sich später noch andere Bauarbeiter anschlossen. Am 28. Juli versuchten Banden von Strikenden durch Drohungen die Einstellung der Arbeit in verschiedenen Werkstätten zu bewirken. Es musste sogar das Militär aufgeboten werden. Es kam zu einem Handgemenge zwischen Polizeiaagenten und Strikenden, wobei mehrere Personen verletzt wurden. Alle unzufriedenen und rauflustigen Elemente unter den gewerblichen Handarbeitern in Paris benützten die günstige Gelegenheit, um ihren Gefühlen freien Lauf zu lassen.

In den Versammlungen wurden nach einigen anarchistischen Tiraden die unsinnigsten Resolutionen beschlossen, worauf die aufgeregte Menge sich auf die Straße stürzte, um allerlei Unfug zu verüben. In dieser Beschäftigung thaten sich besonders die Friseure und Kellner hervor, welche sich dem Strike angeschlossen hatten. Bei dem am 8. August stattgefundenen Leichenbegängnisse des Commungenerals Emile Eudes, eines der exaltirtesten Revolutionsführer, wurden Unruhen befürchtet. Das Leichenbegängniß gestaltete sich zu einer Manifestation des Pariser Proletariates. Die verschiedenen revolutionären und socialistischen Gruppen beteiligten sich an der Leichenfeier, nur die Possibilisten hielten sich ferne. Es wurden Rufe laut: „Es lebe die Commune!“ „Es lebe die sociale Revolution!“ Die Polizei schritt jedoch erst ein, als rothe Banner entfaltet wurden, wobei einige Personen Verletzungen davontrugen.

Als die Bewegung in Paris an Boden verlor, gewann sie wieder in den Departements an Umfang. In Amiens kam es zu bedenklichen Ausschreitungen. Am 6. August plünderten starke Banden strikender Arbeiter die Etablissements der Weberei Cocquel in Amiens und legten an die Gebäude Feuer. Die Feuerwehr wurde an den Löscharbeiten verhindert, bis Chasseurs herbeikamen, welche die Straße von den Meuterern säuberten. Hierauf wurde der Brand gelöscht.

Im Monate August haben 800 Erdarbeiter bei dem Eisenbahnbaue zwischen Brive und Limoges die Arbeit eingestellt. Als dieselben am 31. August nach Uzerche zogen, um die dortigen Arbeiter zum Anschlusse zu bewegen, fanden sie die Arbeitsplätze militärisch besetzt. Am 9. September kam es zu einem Zusammenstoße mit den Truppen, wobei mehrere der Strikenden verhaftet wurden. Schon begann unter den Arbeitern die Ansicht Boden zu gewinnen, dass ihr Beginnen zwecklos und dass selbst die materielle Lage der Unternehmer eine schwierige sei und schon hatte es den Anschein, als ob die vermittelnde Thätigkeit der Behörde den Strike beenden werde, als Felice von dem Pariser Blatte „Cri du peuple“ auf dem Schauplatze erschien und die Strikenden derart haranguirte, dass diese Gewaltschritte beschlossen, um ihre Collegen mit Gewalt zur Einstellung der Arbeit und zum Anschlusse zu zwingen. Im Orte Salon-la-Tour brachen am 19. September Brände aus, welche man den Strikenden beimaß, was die Bevölkerung umso mehr erbitterte, als allerorts die Versuche, mit Gewalt die an dem Strike nicht beteiligten Arbeiter zu stören, mit wachsender Frechheit erneuert wurden. Trotzdem hätte die Bewegung bald ein Ende erreicht, wenn es nicht am 21. September gelungen wäre, die Arbeiter einzeln an der Loire gelegenen Kohlengruben mitzureißen. Endlich am 25. September nahmen die Erdarbeiter bei Limoges fast allgemein die Arbeit wieder auf und als am 27. September die Arbeitsbörse in St. Etienne, der Hauptherd der Grubenstrike geschlossen wurde, gaben einige Tage später auch die Grubenarbeiter den Strike auf.

Der Strike der Webwarenarbeiter in Troyes, welcher Ende August ausgebrochen war und am 6. October im Vergleichswege beendet wurde, war insoferne interessant, als die Arbeiter den Versuch machten, die in socialistischen Congressen gepredigten Principien praktisch durchzuführen und die Leitung der Fabriken zu diesem Zwecke nach und nach in die Hand zu bekommen, um sich dieselben später ganz aneignen zu können.

Die Einführung einer Brottaxe veranlasste in einzelnen Communen eine Gegencoalition der Bäcker. In Argenton schlossen die Bäcker die Läden, welche hierauf demolirt wurden. Ähnliche Unruhen kamen in St. Denis und St. Queu vor.

Im Herbste machte sich in Paris neuerlich eine rege Agitation für die Abschaffung der Bureaux de placement, welche sich mit der Stellenvermittlung für Köche, Kellner und sonstige Bedienstete der Lebensmittelbranchen befassen, bemerkbar.

In der Nacht zum 7. November wurden in der Umgebung der Hallen in zwei Häuser, worin sich solche Placirungsbureaux befinden, offenbar von anarchistischen Elementen Dynamitbomben geworfen, welche zwar explodirten, aber nur geringen Schaden verursachten.

In der Nacht zum 22. December wurde in Paris wieder ein Dynamitattentat verübt. Eine Dynamitpatrone explodirte im Kellergewölbe des Polizeibureaus in der Rue de la Perle. Es wurde jedoch Niemand beschädigt.

In den Gewerkschaften wurde die Frage der internationalen Arbeiterorganisation und Arbeiterschutzgesetzgebung lebhaft discutirt. In einer Reihe von Localcongressen seitens verschiedener Arbeiterorganisationen in den Provinzen wurden Beschlüsse gefasst, in welchen die Einberufung eines großen

internationalen Arbeitercongresses gefordert wurde. Von allen Seiten wurde die Nothwendigkeit betont, die die Arbeiter betreffenden Fragen international zu regeln.

In dieser Richtung erscheinen besonders erwähnenswert die Congressse in Bordeaux-Bouscat und in Troyes.

Der erstere wurde am 28. October eröffnet und war von 63 Delegirten besetzt, welche 250 Syndikatskammern vertraten. Die Possibilisten hielten sich von denselben ferne und wussten sogar eine Subventionirung dieses Congresses seitens des Pariser Gemeinderathes zu hintertreiben.

Als am 1. Verhandlungstage rothe Fahnen entfaltet wurden und der Vorsitzende sich weigerte, dieselben zu entfernen, wurde die weitere Abhaltung des Congresses in Bordeaux polizeilich untersagt. Der Congress setzte nun seine Verhandlungen in Bouscat, einem Vororte von Bordeaux, fort. Die gefassten Beschlüsse hatten theils die innere Organisation, theils die gewöhnlichen socialistischen Postulate zum Gegenstande. Zum Schlusse sprach sich der Congress für die Einberufung eines internationalen Congresses nach Paris zur Centennialfeier der französischen Revolution aus.

Der Congress zu Troyes tagte vom 23. bis 30. December. Auch von diesem hielten sich die Possibilisten ferne. Infolge dieses Umstandes, sowie mit Rücksicht auf die Kosten, welche die Besetzung des Congresses zu Bordeaux erst vor zwei Monaten verursacht hatte, waren in Troyes nur 36 Delegirte erschienen, die jedoch 327 Gewerkschaften vertraten. Die dem Congress vorgelegten 11 Fragen bezogen sich auf die politische und gewerkschaftliche Organisation der französischen Arbeiter, auf die Abhaltung eines internationalen Congresses in Paris, auf den Nutzen der Arbeitseinstellungen, auf die Abschaffung der Kinder- und Regelung der Frauenarbeit, auf die Socialisirung aller Productionsmittel, auf die Revision der Constitution, auf die Aufhebung der Nationalschuld, auf das Recht auf Arbeit, auf die Mittel zur Durchführung der Congressbeschlüsse und endlich auf die friedlichen Versuche, eine sociale Umgestaltung herbeizuführen.

In der Versammlung am 28. December wurde eine Glückwunschedresse an den Parteitag in Hainfeld votirt.

Die Manifestation am 2. December, dem Todestage Baudin's, verlief programmäßig und es ist bei derselben nirgends die Ordnung gestört worden.

Unter den in Paris lebenden ausländischen Socialisten haben sich die Deutschen dadurch bemerkbar gemacht, dass sie in einer Sitzung ihres Clubs dem „Socialdemokrat“ anlässlich der Ausweisung der Redactionsmitglieder aus der Schweiz die volle Anerkennung für die bisherige Haltung und den schweizerischen Genossen den Dank für die Beweise der Solidarität ausdrückten.

Der Wahlsieg der deutschen Socialdemokraten im 6. Berliner Wahlbezirke wurde von den Delegirten auf dem Regionalcongresse zu Montlacon zu einer demonstrativen Kundgebung benützt.

Die in Paris befindlichen Anarchisten aus Oesterreich sind meistens öcherischer Nationalität und geben unter Führung des Schneiders Marek im geheimen das Blatt „Pomsta“ heraus, welches früher in London gedruckt wurde. Infolge misslicher finanzieller Verhältnisse ist jedoch die Actionsfähigkeit dieser Gruppe im Berichtsjahre eine beschränkte gewesen und bestand zumeist in Versuchen, anarchistische Presserzeugnisse nach Oesterreich einzuschmuggeln und zu diesem Zwecke Verbindungen, insbesondere in Böhmen, anzuknüpfen.

In letzterer Zeit sind Nachrichten eingelangt, welche die Annahme nicht unbegründet erscheinen lassen, dass der bekannte Maler Josef Peukert sich in Südfrankreich aufhält. Es verlautet, dass er von seinem Nervenleiden nunmehr geheilt und gewillt sei, wieder in die Action zu treten. Die Erfahrungen, welche derselbe in den letzten Jahren gemacht hat, dürften denselben jedoch bestimmen, Europa ganz zu verlassen, um in Amerika den alten Streit mit Most anzufechten.

In Belgien dauerte die Spaltung der Arbeiterpartei auch im Berichtsjahre an.

Gegentüber der belgischen Arbeiterpartei stehen die Dissidenten unter Führung des Advocaten Alfred de Fuisseaux. Sein Anhang rekrutirte sich beinahe ausschließlich aus Kohlenarbeitern. Infolge des Congresses zu Charleroi haben die Kohlenarbeiter in Borinage unter Führung Fauviau's ein Arbeiterblatt „La Liberté“ gegründet, welches gegen Fuisseaux auftritt. Mehrere Gruppen der Dissidenten sind auch zur Arbeiterpartei zurückgekehrt, ohne dass jedoch hiedurch die frühere Einigkeit unter den belgischen Arbeitern wieder hergestellt worden wäre. Schon zu Beginn des Jahres gab der Generalrath der belgischen Socialistenseite bekannt, dass in London ein internationaler Gewerkschaftcongress stattfinden werde, dessen Besetzung die Partei beschlossen hatte. Wie im Vorjahre begann eine Lohnbewegung im Hennegau. Die Grubenarbeiter mehrere Kohलगewerke haben am 18. Jänner die Arbeit eingestellt und verlangten eine Lohnerhöhung.

Am 1. April fand in Lüttich ein großer Socialistencongress statt, an welchem 700 Delegirte der socialistischen Vereine sich beteiligten.

Die Behörden untersagten jeden Straßenumzug sowie die Entfaltung rother Fahnen. Es wurde die Errichtung obligater Widerstandskassen und die Unterstützung einer allgemeinen Strikebewegung beschlossen.

Die Regierung ließ es nicht an Verfügungen fehlen, um Übelstände in Arbeiterverhältnissen zu beseitigen. So wurde ein Gesetz über Arbeiterwohnungen ausgearbeitet. Andererseits bekundete die Regierung eine Wachsamkeit, insbesondere gegenüber auswärtigen Agitatoren. Am 9. Mai wurde Jules Quesde, welcher in Arbeiterversammlungen agitiren sollte, ausgewiesen.

Am 4. Juni besuchte der König die Industriestadt La Louvière. Die Socialisten veranstalteten aus diesem Anlasse arge Demonstrationen und riefen, als der König den Bahnhof verließ: „Es lebe die Republik!“ „Es lebe das allgemeine Stimmrecht!“

Für die am 12. Juni vorgenommenen legislativen Wahlen hat die Brüsseler Federation der Arbeiterpartei eigene Candidaten aufgestellt und die Wahlcampagne zur Verbreitung der socialistischen Ideen und zur Vertheidigung des Parteiprogrammes benützt.

Zwanzig französische Delegirte, welche zur Ausstellung nach Kopenhagen entsendet wurden, sind auf der Rückkehr in Brüssel von der socialistischen Arbeiterpartei demonstrativ empfangen worden. Die Arbeiterverbände zogen mit ihren rothen Fahnen und mit Musikcorps nach dem Bahnhofe, wo es zu lärmenden Kundgebungen kam.

Am 25. November wurde in Brüssel in der Vorstadt Ixelles ein Socialistenmeeting zu Gunsten der Verfassungsrevision und des allgemeinen Wahlrechtes unter freiem Himmel abgehalten und verlief ruhig. Einige Stunden später musste eine zu gleichem Zwecke in der Vorstadt Molenbeck einberufene Arbeiterversammlung aufgelöst werden. Trotz des Verbotes des Bürgermeisters versuchten die Socialisten, tags darauf auf der Place de la Chapelle abermals ein Meeting abzuhalten, wurden jedoch durch die Polizei versprengt.

Der in Chatelet abgehaltene Arbeitercongress beschloss an die belgische Regierung und an die fünf Garantiemächte eine Adresse zu richten, worin die Lage und die Forderungen der belgischen Arbeiter, unter den letzteren das allgemeine Stimmrecht, dargelegt werden sollten. Mit großer Majorität wurde der sofortige Beginn einer allgemeinen Arbeitseinstellung als nothwendig erklärt.

Die Arbeit wurde in vier Kohlengruben in Seraing eingestellt. Von dort aus hat der Strike weiter um sich gegriffen und dehnte sich auch auf die Kohlengruben der Zeche in Chatelineau und auf circa 5000 Kohlenarbeiter im Borinage aus. Auf dem Meeting in Jolimont, welches sich gleichfalls zu Gunsten des Strikes der Kohlenarbeiter ausgesprochen hatte, erklärte Defnet, der Delegirte des Generalrathes der Arbeiterpartei, dass diese den Strike mit Anfbietung aller Mittel unterstützen werde.

Dynamitanschläge häuften sich fortwährend. Mittels drei Dynamitbomben wurde der Versuch unternommen, die Glasfabrik in Mariemont in die Luft zu sprengen. Die Situation in der Provinz Hennegau wurde immer bedenklicher. Die Regierung ließ es nicht an Energie fehlen. Es wurde Laloï, der Präsident des Socialistencongresses in Châtelet, Mignon, Mitglied der socialistischen republikanischen Partei in Châtelineau, und der Anarchist Defuisseaux in Brüssel verhaftet. Trotzdem fuhren die Strikenden fort, Gewaltacte zu verüben. Mehrere Banden zogen mit rothen Fahnen umher und zwangen Arbeitende zum Anschlusse. Die behördliche Untersuchung ergab, dass der Congress in Châtelet die Entfaltung des Bürgerkrieges sowie die Ausführung von Dynamitanschlägen beschlossen habe.

Am 26. December explodirte in Seraing, dem Sitze der Cokevill-Gesellschaft, eine Dynamitbombe, welche das Innere der Wohnung eines Beamten zerstörte. Seither hat die große Mehrheit der Strikenden die Arbeit wieder aufgenommen. Die seitens der Regierung den Rädelsführern und Agitatoren gegentüber bethätigte Energie, sowie die Nothlage der feiernden Arbeiter trugen zur Beendigung des Strikes bei. Der Generalrath der belgischen Arbeiterpartei suchte nunmehr die belgischen Kohlenarbeiter auf die Zukunft zu vertrösten und schrieb den ungünstigen Ausfall des Lohnkampfes dem Mangel einer Organisation zu, welcher Fehler jetzt gutgemacht werden müsse.

Die in Belgien lebenden österreichischen und deutschen Anarchisten haben seit der Verurtheilung des John Neve eine bemerkenswerte Thätigkeit nicht entwickelt. Von London aus werden zwar noch immer nach Belgien, insbesondere nach Verviers viele anarchistische Druckschriften gesendet, um dieselben über die Grenze nach Deutschland zu schaffen. Allein auch in dieser Richtung haben sich vielfache Schwierigkeiten, namentlich in finanzieller Richtung, ergeben.

In **Holland** hat im Berichtsjahre die Socialdemokratie ihren Einzug in die Volksvertretung gefeiert.

Die Socialdemokratie erhielt nämlich bei den Wahlen eine große Anzahl von Stimmen. Domela Nieuwenhuis erhielt bei der Stichwahl in Schoterland in Frieslang 1172 von 2203 Stimmen. Im Monate

April sind in Holland gleichfalls Arbeitseinstellungen und als Folge derselben Excesse vorgekommen. Die socialdemokratische Partei unterstützte die Strikebewegung, insbesondere die Arbeitseinstellung der Weber in Almeloo und der Torfgräber im Norden des Landes.

Als Agitationsmittel wird das in Holland noch häufig vorkommende Trucksystem (Ladenzwang) benützt. Mit dem Beginne der rauhen Jahreszeit fingen die Arbeitslosen zu demonstrieren an. Am 25. October fand ein derartiges Meeting auf offenem Platze in Amsterdam statt. Socialistische Agitatoren hielten heftige Reden und haranguirten die Menge, vor das Rathhaus zu ziehen, um Arbeit zu fordern. Die erfolgte Beschickung des internationalen Gewerkschaftscongresses in London seitens der holländischen Arbeiterpartei wurde bereits erwähnt.

In **Dänemark** weist die Socialdemokratie im Jahre 1888 Fortschritte auf. Während früher die socialistische Bewegung in Dänemark nur in der Agitation der Fachvereine bestand, wurde jetzt ein „Socialdemokratischer Verband“ als politisches Organ der Bewegung geschaffen und der fachliche Kampf ist den Gewerkvereinen überlassen.

Letztere gewannen an Mitgliedern, welche in die politische Bewegung getrieben wurden. Der Verband unterstützte wieder die Fachvereine bei großen Arbeitseinstellungen und die Gewerkvereine leisteten wieder Beistand, um bei einer Wahl einen socialdemokratischen Candidaten durchzusetzen. So arbeiteten beide Organisationen zusammen und dieser Cooperation sind die Parteierfolge zuzuschreiben.

Wie alljährlich fanden am 5. Juni demonstrative Umzüge der Arbeiterschaft in Kopenhagen statt.

In der Zeit vom 12. bis 14. Juli tagte der Congress der socialdemokratischen Partei Dänemarks. Auf demselben waren 33 Sectionen durch 65 Delegirte vertreten. Mit dem Congress wurde eine Ausstellung von allen socialistischen Zeitungen Europas und Amerikas verbunden.

Die Tagesordnung des Congresses enthielt folgende drei Punkte: Das Parteiprogramm, die Organisation und die Agitation. Das zur Annahme gelangte Programm stimmt ganz mit dem der deutschen Socialdemokratie überein.

Die Beschlüsse des Congresses in Bezug auf die Organisation betrafen die Gründung des vorerwähnten Verbandes.

Im Monate August kamen, wie dies schon oben erwähnt erscheint, französische Delegirte zum Besuche der Ausstellung nach Kopenhagen, wo ihnen die Socialisten einen demonstrativen Empfang bereitet hatten.

In der Zeit vom 16. bis 18. August fand der scandinavische Fachvereinscongress in Kopenhagen statt, an welchem auch vier weibliche Fachvereine aus Dänemark sich betheiligt hatten.

Vertreten waren 88 dänische, 21 schwedische und 10 norwegische Vereine.

Der Congress sprach seine Anerkennung der socialistischen Principien aus, erklärte nur solche Stricke zu unterstützen, welche von Fachorganisationen ins Werk gesetzt werden, nachdem eine friedliche Lösung sich als unmöglich ergeben hat.

Die weiteren Beschlüsse hatten die Gründung von Fachverbänden, die internationale Arbeiterschutzgesetzgebung, die Anstellung von Arbeitsinspectoren, die Errichtung von Arbeiterkammern und die Einführung von fachlichen Unterstützungskassen zum Gegenstande.

Die Verhandlungen dieses Congresses ließen genau erkennen, wie weit die socialistischen Ideen in den scandinavischen Gewerkvereinen vorgeschritten sind.

Am 22. October wurde auch in Kopenhagen der Gedenktag des zehnjährigen Bestandes des deutschen Socialistengesetzes durch eine Festversammlung der deutschen Lesegesellschaft gefeiert.

Schließlich wurde Protest gegen dieses Gesetz angenommen und den Genossen in Deutschland der Dank für ihre Haltung ausgesprochen.

In **Schweden** hat die socialistische Bewegung im Jahresanfang theils durch mehre Strafprocesse, theils durch Auswanderungen tüchtiger Agitatoren gelitten.

Die schwedische Parteipresse hat sich trotzdem um zwei Wochenblätter vermehrt. Ende Februar erschien in der Fabriksstadt Norköping die 1. Nummer des „Proletären“ und in Gothenburg wurde das Blatt „Folkets-Röst“ (Volksstimme“) von dem Zeitungsvereine gleichen Namens herausgegeben.

Am 12. August fand in Gothenburg eine große Demonstration zu Gunsten des allgemeinen Wahlrechtes und einer vollständigen Pressfreiheit statt. Rührige Agitatoren bereisten im Sommer die Provinzen, verbreiteten viele Tausende von Flugschriften, Broschüren und ältere Parteihlätter und veranlassten ähnliche Kundgebungen für das allgemeine Wahlrecht.

Über die Betheiligung schwedischer Fachvereine an dem scandinavischen Fachvereinscongress war schon oben die Rede.

In **Norwegen** bildet gleichfalls das allgemeine Wahlrecht den Hauptgegenstand der socialistischen Agitation. Am 17. Mai fanden in Christiania, in Arendal und in anderen Städten Festzüge mit demonstrativen Kundgebungen für das allgemeine Wahlrecht statt.

Im Monate Juli tagte in Hamar, einem Städtchen des Ostlandes, eine Versammlung von Delegirten aller norwegischen Arbeitervereine.

Es wurde über die Stellung, welche die Arbeitervereine bei den bevorstehenden Wahlen einnehmen sollen, debattirt und die Unterstützung jener Candidaten beschlossen, welche in ihrem Programme das allgemeine Wahlrecht aufgenommen haben.

Weiters wurden in Resolutionen Forderungen, bezüglich der Zollfreiheit aller Lebensmittel und bezüglich der Einführung directer Steuern aufgestellt.

Auch die Nothwendigkeit der Normirung eines achtstündigen Arbeitstages wurde betont.

Ein zweiter socialistischer Congress fand in Christiania im Monate Juli statt. Zehn Delegirte repräsentirten 9 Arbeiter- und Fachvereine. Das im Vorjahre auf dem Congresse zu Arendal aufgestellte Programm wurde einer Revision unterzogen und enthält nunmehr folgende Punkte:

1. Allgemeines und directes Wahlrecht, der Wahltag muss ein Feiertag sein.
2. Arbeiterschutzgesetz und Normalarbeitstag.
3. Humane Versorgung der Unbemittelten durch den Staat.
4. Aufhebung des Zolles auf Lebensmittel; directe progressive Einkommensteuer.
5. Unentgeltlicher und gemeinschaftlicher Unterricht in Saats- und Communalschulen.
6. Unentgeltliche und öffentliche Rechtspflege.
7. Abschaffung des Unternehmer- und Submissionswesens.

Gegen Ende des Jahres erließ die vereinigte norwegische Arbeiterpartei im Parteiblatt „Socialdemokraten“ einen Appell zur Einbringung einer Massenpetition, behufs Erlangung des allgemeinen Wahlrechtes.

Die erheblichen Fortschritte der socialistischen Bewegung in **Spanien** im Jahre 1888 sind nicht nur auf eine lebhaft propagandistische, sondern auch darauf zurückzuführen, dass in mehreren Gegenden, insbesondere in Andalusien, ein großer Nothstand unter den niederen Ständen geherrscht hat. Im nördlichen Spanien sind im Berichtsjahre mehre Arbeitseinstellungen vorgekommen und die Agitation hatte nicht nur eine Lohnerhöhung, sondern auch die Verkürzung der Arbeitszeit zum Gegenstande.

Am 23. August hat in Spanien ein Socialistencongress stattgefunden, in welchem man sich mit der Aufstellung eines bestimmten Programmes und mit dem Erlass eines Manifestes an die Arbeiter Spaniens beschäftigte. Als Ziel der socialistischen Bestrebungen wurde von diesem Congresse die Emancipation der arbeitenden Classe und die Gemeinsamkeit des Besitzes der Productionsmittel proclamirt.

Die wichtigsten Punkte des Parteiprogrammes, welches auf diesem Congresse angenommen wurde, lauten: Freies Vereins-, Versammlungs-, Petitions- und Manifestationsrecht; Pressfreiheit; allgemeines Wahlrecht; Gewährleistung der persönlichen Sicherheit; Unverletzlichkeit des Briefgeheimnisses; Einführung eines Normalarbeitstages von acht Stunden und Arbeiterschutzgesetz.

Die anarchistischen Elemente in Spanien haben sich im Berichtsjahre nicht besonders bemerkbar gemacht. Gegen Ende des Jahres kam eine Reihe von Dynamitattentaten vor, welche jedoch keinen besonderen Schaden anrichteten.

Es ließ sich jedoch nicht mit Bestimmtheit constatiren, ob diese Attentate von anarchistischer oder sonst von einer revolutionären spanischen Partei ausgingen.

In der **Schweiz** sind in der socialdemokratischen Bewegung in der Berichtszeit wichtige Veränderungen vorgekommen.

Im Monate Jänner ist der socialdemokratische Candidat bei den Nationalraths-Wahlen der Redacteur des „Grütliener“, Vogelsanger, mit der ansehnlichen Stimmenzahl von 7370 gegen 9899 unterlegen. Eine zweite Angelegenheit, nämlich die schon früher erwähnten Ausweisungen deutscher Reichsangehöriger aus der Schweiz, berührte lebhaft das Interesse der schweizerischen Arbeiter. Am 31. Jänner fand in St. Gallen eine Volksversammlung statt, welche von dem Centralcomité des schweizerischen Grütli-Vereines und vom demokratischen Comité des Cantons St. Gallen einberufen wurde.

In einer Resolution wurden die in den Entwürfen des neuen deutschen Socialistengesetzes beantragten Verschärfungen als der modernen Cultur, Civilisation und den Grundsätzen der Humanität widersprechend bezeichnet. Zum Schlusse wurde gegen den Gesetzentwurf protestirt.

Am 15. Februar fand in Zürich eine Versammlung statt, welche sich gleichfalls mit den Vorkommnissen in Deutschland befasste.

Bekanntlich hat der Polizeihauptmann Fischer der socialdemokratischen Fraction im deutschen Reichstage Informationen über einzelne aus der Schweiz ausgewiesene deutsche Reichsangehörige zur Verfügung gestellt und hiedurch das Materiale für die Beschuldigung geliefert, dass einzelne der Ausgewiesenen im Dienste der deutschen Polizei standen. Die Versammlung sprach dem genannten Polizeihauptmann den Dank für seine Handlungsweise aus und erklärte, dass sich derselbe um das Vaterland verdient gemacht habe. Weiters sprach die Versammlung den Wunsch aus, dass Polizeispione und Agents provocateurs vom Bundesrathe künftig als solche und nicht als Anarchisten bezeichnet werden.

Auch in Genf fand aus gleichem Anlasse eine Versammlung des deutschen Arbeitervereines statt, in welcher gegen das Vorgehen der deutschen Regierung protestirt wurde.

Die bereits früher erwähnte Ausweisung der Mitglieder der Redaction des deutschen „Socialdemokrat“ rief gleichfalls eine Protestbewegung hervor.

Am 22. April fanden in Bern und in Zürich Kundgebungen der Arbeiter gegen die vom Bundesrathe verfügten Ausweisungen statt. In der Versammlung zu Zürich, welche von 4000 Personen besucht war, erging sich der Redacteur Vogelsanger in heftige Angriffe gegen den Bundesrath. In einer Resolution wurde gegen die Verletzung des Asylrechtes protestirt und den Ausgewiesenen die Sympathie ausgesprochen.

Solche Protestversammlungen wurden auch in Basel, St. Gallen, Genf, Solothurn und Winterthur abgehalten.

Dieser Bewegung haben sich verschiedene Bezirksversammlungen des Grütli-Vereines angeschlossen. In Casino zu Hottingen veranstalteten die Arbeitervereine Zürichs zu Ehren der Ausgewiesenen eine Abschiedsfeier. Die Kundgebungen erneuerten sich am 13. Mai, als die Ausgewiesenen abreisten.

Die Aufregung, welche infolge dieser Zwischenfälle sich der öffentlichen Meinung bemächtigte, hat sich jedoch bald wieder gelegt, so dass die erwähnte Protestbewegung als gescheitert betrachtet werden kann. Dieses Resultat ist einerseits dem correcten Vorgehen der Regierungsorgane, anderseits dem Umstande zuzuschreiben, dass man bald einzusehen begann, dass die zuletzt ausgewiesenen Socialisten in die Schweiz gekommen waren, um gleichsam von einem Hinterhalte aus ungestört die Institutionen ihrer Heimat angreifen zu können, also durchaus nicht als politische Flüchtlinge angesehen werden können.

Das Organ der deutschen Socialdemokraten, der „Socialdemokrat“, an dessen Spitze der Schweizer Conzett getreten ist, hat bald nach der Ausweisung seiner deutschen Mitarbeiter einen Artikel veröffentlicht, nach welchem das Programm beibehalten würde, wenn auch nur Ein Schweizer die Arbeiterinteressen zu vertreten habe. Dieser Artikel rief viele Entgegnungen in Schweizer-Blättern hervor, in welchen vielfach gegen die Vermengung der Tendenzen und Interessen der schweizerischen Arbeitervereine mit jenen der deutschen Socialdemokratie protestirt wurde.

Die schweizerischen Behörden fuhren fort, gegen das Treiben ausländischer Socialisten mit aller Strenge vorzugehen. Im Monate Juni wurden neuerlich die beiden deutschen Reichsangehörigen Johann Ulrich Wuebbeler aus Hannover und Martin Etter aus Stuttgart durch den schweizerischen Bundesrath ausgewiesen, da ermittelt wurde, dass sie eine Kiste mit Dynamit bei dem schon vorher ausgewiesenen Schröder deponirt hatten.

In der Presse der schweizerischen Arbeiterpartei sind nicht belanglose Veränderungen vorgekommen. Der „Basler Arbeiterfreund“ erschien im Berichtsjahre wöchentlich dreimal und in vergrößerter Form. In Bern ist das Wochenblatt „Schweizerischer Socialdemokrat“ herausgegeben worden. Während der „Grütliener“ mehr das Organ des Vereines ist, bildet die „Arbeiterstimme“ das eigentliche Parteiblatt der schweizerischen Socialdemokratie.

Die am 20. März in Bern abgehaltene Märzfeier ergab keinen bemerkenswerten Zwischenfall.

Der Arbeiterverein in Bern zog das Project der Errichtung einer socialdemokratischen Agitationschule in Berathung. In dieser soll den Vereinsmitgliedern Gelegenheit gegeben werden, sich in Reden, sowie in schriftlichen Arbeiten über socialistische und politische Fragen auszubilden. Diese Agitationschule ist nicht über die ersten Anfänge herausgekommen und man hat mit der Sache mehr Lärm gemacht, als sie verdient. Indes hat sie doch vielseitig die Aufmerksamkeit socialistischer Parteien auf sich gelenkt und allem Anscheine nach dürfte diese Institution anderwärts Nachahmung finden.

Der schweizerische Grütli-Verein, welcher auch im Berichtsjahre die Zahl der Sectionen erhöht hat, hielt am 23. und 24. Juni in Glarus sein Centralfest ab, auf welchem ein Protest gegen die Ausweisung der Mitglieder der Redaction des deutschen „Socialdemokrat“ beschlossen wurde. Advocat Scherer aus St. Gallen sprach die Erwartung aus, dass die Fluten einer mächtigen Revolution sich über die alte europäische Culturwelt hinwälzen werde.

Im Monate Juli tagten in Aarau alle schweizerischen Mitgliedschaften der socialdemokratischen Partei, sowie der Gewerkschaftsbund und das Actionscomité. Man beschloss die Auflösung des Central-

verbandes zu Gunsten der Gründung einer einheitlichen schweizerischen socialdemokratischen Partei auf breiterer Grundlage. Dieser Beschluss bildet einen kritischen Wendepunkt in der schweizerischen Arbeiterbewegung und dürfte schon in der nächsten Zukunft von großer Bedeutung sein, da er einen Sieg des bisherigen Bruchtheiles der radicalen Elemente bedeutet.

Der mehrerwähnte Redacteur Konzett hat bahnbrechende Schritte zu dieser Organisation unternommen und am Delegirtentage in Aarau wurde allgemein die Ansicht ausgesprochen, dass die Gründung einer zielbewussten schweizerischen socialdemokratischen Partei eine absolute Nothwendigkeit „gegenüber der schweizerischen und europäischen Reaction“ sei. Man war auch darin einig, dass der Zeitpunkt für die Schaffung einer solchen Partei noch nie so günstig gewesen sei, wo im Augenblicke der Bundesrath die Arbeiterschaft „tief aufgeregte“ und ihr die Überzeugung von der Nothwendigkeit einer solchen Organisation geradezu aufgedrängt hat.

Der schweizerische Bundesrath steht der schweizerischen Arbeiterbewegung mit begreiflichem Misstrauen gegenüber, zumal auch ein großer Andrang von Russen, Polen und anderer staatsfeindlicher Elemente nach Zürich wahrgenommen wird.

Im Monate September verfügte der Bundesrath die Ausweisung des deutschen Schneiders Franz Troppmann, weil derselbe mit den in Chicago hingerichteten Anarchisten in früherer Zeit in Correspondenz gestanden ist und durch seine Reden in öffentlichen Versammlungen bewiesen hat, dass er die gleichen verbrecherischen Tendenzen dieser Partei hege.

Einen neuerlichen Anlass zu einer großen Erregung der schweizerischen Socialdemokratie bildete das am 11. Mai an die Cantonalregierung gerichtete Circulare, worin die Grundsätze ausgesprochen wurden, welche in Betreff der Ausübung der politischen Polizei zur Geltung zu gelangen hätten.

Obschon das Schriftstück ausdrücklich als geheim bezeichnet wurde, erfolgte dennoch durch eine bisher unaufgeklärte Indiscretion die Mittheilung desselben an die Redaction des „Socialdemokrat“, welcher den wesentlichen Inhalt des Circulars sodann publicirte.

Es regnete Angriffe gegen den Bundesrath, hauptsächlich wegen der angeordneten Überwachung der Versammlungen und einzelner Personen durch Polizeiorgane ohne Abzeichen, sowie wegen schärferer Handhabung der Presspolizei, wodurch angeblich die Grundrechte der freien Schweiz verletzt werden. Diese Angriffe in der socialdemokratischen Parteipresse waren umso peinlicher, als es dem Bundesrath an Macht und Mitteln fehlt, dagegen einzuschreiten und sogar die Anschauung verbreitet war, als beständen über die Frage der politischen Polizei im Schoße des Bundesrathes Differenzen. Schon infolge des großen Geschreies der radicalen Presse war zu gewärtigen, dass die ganze Frage der politischen Polizei und deren Handhabung in der Bundesversammlung zur Discussion gelangen wird. Überdies hatte der Grütliverein eine Petition bei der Bundesversammlung eingereicht, welche die Zurückziehung des bundesrathlichen Kreisschreibens vom 11. Mai 1888 und die Streichung des in der letzten Märzsession von den eidgenössischen Räten bewilligten Budgetpostens zur Organisation der politischen Polizei zum Gegenstande hat. Diese Petition wurde sowohl im Nationalrath als im Ständerath an Commissionen überwiesen, es konnte aber vom Anfange über den Erfolg dieser Petition umso weniger ein Zweifel bestehen, als erst in letzter Zeit der Ständerath anlässlich der Bundesberathung des Budgets für das Jahr 1889 sich einstimmig für die Beibehaltung des Credits für die politische Polizei ausgesprochen hat.

Am 16. September fand in Aarau eine Conferenz socialdemokratischer Vertrauensmänner statt, in welcher das Programm der zu gründenden socialdemokratischen Partei durchberathen wurde. Es wurden zwei Programmentwürfe, der eine von den Genossen in Bern, der andere von jenen aus Zürich vorgelegt, von welchen der erstere als Basis der weiteren Berathung acceptirt wurde. Inzwischen hat der schweizerische Arbeiterbund an den Bundesrath das Ansuchen gestellt, eine Sammlung aller giltigen Arbeiterschutzgesetze in den einzelnen Staaten zu veranstalten. Die Sammlung sollte dann die Basis für die Action bilden, eine internationale Arbeiterschutz- und Fabrikgesetzgebung anzuregen.

Am 21. October fand in Bern eine vom Actionscomité des schweizerischen Arbeitertages einberufene Versammlung statt, an welcher die Delegirten von 60 Arbeitervereinen sich theilnahmen. Die Versammlung beschloss die Auflösung der bisherigen Organisation des Arbeitertages, an dessen Stelle eine ausgesprochene socialdemokratische Arbeiterpartei der Schweiz zu treten habe.

Die früher in verschiedenen localen Associationen und Vereinen zersplitterten, in vielen Fragen divergirenden Elemente wurden nunmehr in den Rahmen einer einheitlichen und strammen Organisation zusammengefasst. Dieser Erfolg dürfte einigermassen auch der von dem deutschen Abgeordneten Liebknecht im verflossenen Sommer unternommenen Agitationstour zuzuschreiben sein.

Die fremdländischen Socialisten in der Schweiz konnten infolge des energischen Einschreitens des Bundesrathes zu einer bemerkenswerten Thätigkeit nicht gelangen. Insbesondere sahen viele

anarchistische Elemente sich bemüssigt, die Schweiz zu verlassen, zumal sie ein Interesse für ihre Propaganda nirgends wahrnahmen.

Die Arbeiterpartei in **Italien**, welche auf dem vorjährigen Congress in Pavia sich organisirt hatte, ließ es im Berichtjahre an lebhaften Agitationen nicht fehlen. Überdies hatten ungünstige wirtschaftliche Verhältnisse und sonstige Nothstände unter den Arbeitern in Italien neuerlich zur Verschärfung der Gegensätze zwischen Capital und Arbeit beigetragen. Am 28. Februar rotteten sich in Rom mehrere Hundert Maurer zusammen und verlangten die Zuweisung von Arbeiten. Die Aufforderung, auseinander zu gehen, ließen sie unbeachtet, worauf mehrere besonders renitente Tumultuanten verhaftet wurden. Einer zu dem Ministerpräsidenten entsendeten Maurerdeputation wurden öffentliche Bauten in Aussicht gestellt. Indessen mussten infolge des schlechten Wetters noch mehr Bauten eingestellt werden und unter den beschäftigungslos gewordenen Maurern entstand wieder eine Bewegung. Einige Hundert zogen mit den Weibern und Kindern durch die Straßen und stürzten sich auf einige Bäckereien, wo ihnen Brot gegeben wurde. Einem Versuche, auf das Capitol zu ziehen, trat die Sicherheitsbehörde entgegen, welche die Angesammelten zerstreute. Die Regierung, die Municipalität und Privatunternehmer erklärten sich bereit, einen großen Theil der Arbeitslosen zu beschäftigen.

In der Zeit vom 8. bis 10. September hielt die italienische Arbeiterpartei ihren jährlichen Congress in Bologna ab. Hiebei vertraten 59 Delegirte 63 Vereine. Aus den Debatten hat sich deutlich ergeben, dass die Arbeiterpartei Italiens die ganze Kraft ihrer Organisation mehr den ökonomischen als den politischen Fragen zugewendet. Weder vom Gesichtspunkte der Organisation noch von jenem der verfügbaren Mittel, repräsentirt die italienische Arbeiterpartei eine sonderliche Macht. Dafür spricht auch die verhältnismäßig geringe Anzahl der Delegirten und der vertretenen Vereine. Am ersten Verhandlungstage wurde ein Danketelegramm an die Kohlenarbeiter in Charleroi gerichtet, welche sich auf dem Drahtwege mit den italienischen Arbeitern solidarisch erklärt hatten. Weiters wurde Lazzari als Delegirter für den internationalen Gewerkschaftscongress in London bestimmt. Der Congress stellte sodann ein administratives Programm auf, wonach den Communen jeder politische Charakter benommen werden, und denselben keinerlei Ausgaben für Cultuszwecke und Feierlichkeiten gestattet werden sollten. Durch Volksabstimmung sei das Gemeindebudget zusammenzustellen, an Stelle der Verzehrungssteuer hätte eine directe Steuer zu treten.

Die Einführung eines weltlichen unentgeltlichen Schulunterrichtes, die Einschränkung der Nachtarbeit, Schutz der Kinderarbeit und die Vereinigung aller Arbeiterorganisationen in Bundesgenossenschaften bildeten die weiteren Programmpunkte.

Der Sitz des Centralcomités wurde in Alessandria belassen. Auch in Sicilien hat die socialistische Partei im Berichtsjahre festen Fuß gefasst.

Zum Empfange des bekannten Andrea Costa hatten sich am Bahnhofe in Catania mehrere Tausende Arbeiter mit vielen Bannern ihrer Vereine eingefunden.

Die Vereine, welche früher nur den Zweck der gegenseitigen Hilfeleistung („mutuo soccorso“) hatten, haben nunmehr in ihrem Programme den Widerstand gegen den Capitalismus im Falle von Strikes aufgenommen. Im Monate November hat die socialistische Partei in Italien infolge der großen Nothlage der Massen, der Theuerung der Lebensmittel und der Unzulänglichkeit der Löhne einen ergiebigen Boden für ihre Agitation gefunden. In Rom und Mailand wurden Meetings abgehalten, an welchen viele Tausende von Arbeitern sich betheiligten. Bei einer am 11. November in Rom abgehaltenen Gedenkfeier hielt Andrea Costa eine incendiarische Rede. In der Reihe der vorgekommenen Arbeitseinstellungen erscheint besonders der Strike in Varese erwähnenswert, wo Tausende von Arbeitern wochenlang feierten. In Como haben über 10.000 Arbeiter einen Strike inscenirt, wobei es zu Unruhen kam.

Über die Wirksamkeit der anarchistischen Partei sind im Berichtsjahre bemerkenswerte Nachrichten nicht eingelangt.

Am 30. November wurde eine Schachtel mit zahlreichen Dynamitpatronen auf der Börse in Genua noch rechtzeitig, ehe dieselbe explodirte, aufgefunden. Mehrere Börsenfirmen hatten vorher Drohbriefe erhalten. Es liegen jedoch keine Anhaltspunkte für die Annahme vor, dass diese Vorkommnisse mit der anarchistischen Bewegung in Verbindung standen.

In **Rumänien** haben zwei Advocaten, Namens Mille und Ganescu, einen Verein der Eisen- und Holzarbeiter, der Schuhmacher und einen allgemeinen Arbeiterverein „Cercle Muncitor“, desgleichen ein Wochenblatt „Desrobirea“ (Entsclavung) gegründet.

Im Berichtsjahre wurde die Organisation energisch betrieben. Auch die Wahl des Socialisten Mortun in die rumänische Kammer gab Anlass zu Illusionen über besondere Erfolge der rumänischen

Socialisten. Indessen trat in der anfangs so intensiv betriebenen Agitation bald eine Stagnation ein, da die ausländischen Socialisten, welche in erster Linie die Bewegung zu beleben bestrebt waren, schließlich Rücksicht auf die Ausnahmstellung als Fremde zu beobachten gezwungen waren.

Weiters hat der nationale Anstich der Bewegung und der Ehrgeiz der einheimischen Führer die ausländischen Socialisten bemüsstigt, sich von der rumänischen Partei fernzuhalten.

Der Arbeiterverein „Cerele Muncitor“ löste sich völlig auf, da die mit allen Mitteln zusammengetrommelten Mitglieder in der Folge sich ganz indifferent verhielten und nicht einmal die minimal bemessenen Beiträge leisteten. Selbst der Strike der Eisenbahnarbeiter, bei welchem die rumänischen Arbeiter Hand in Hand mit den magyarischen und polnischen gingen, konnte an der Sachlage nichts ändern. Im Monate September gab der Advocat Mille in Bukapest ein socialdemokratisches Blatt „Dreptul omului“ (Menschenrechte) heraus. Dieses Blatt, welches anfangs nur ein gewöhnliches Oppositionsblatt war und von den eigentlichen socialistischen Führern in Rumänien, Nadejdi und Mortun in Jassy, desavouirt wurde, ist erst im Verlaufe der Zeit ein eigentliches socialistisches Blatt geworden. Dasselbe vertritt nunmehr energisch die socialistischen Ideen und ist ein eigentliches Agitationsblatt geworden. Bei den Kammerwahlen wurde Mortun in Roman im 2. und 3. Collegium (Bürger, Kaufleute und Bauern) gewählt, während Nadejdi in Jassy in die Stichwahl kam.

In letzterer Zeit haben sich einzelne rumänische Gewerbe mit der Frage der Verdrängung der fremden Arbeiter lebhaft beschäftigt und aus diesem Anlasse Arbeiterversammlungen einberufen.

In **Amerika** war die Arbeiterbewegung ebenso wie im Jahre 1887 im Rückgange. Dies zeigte sich bei den Frühjahrswahlen, welche insbesondere im Westen für die Arbeiter ungünstig ausgefallen sind. In Cincinnati sind die Stimmen der „United Labor Party“ auf 3000 zusammengeschmolzen, in Chicago erzielte die „Radical Labor Party“ etwa 2800 und in Cleveland erhielt die „United Labor Party“ kaum 2000 Stimmen. In Milwaukee allein gingen die Arbeiterstimmen nicht zurück.

Die gewerkschaftliche und propagandistische Arbeiterbewegung zerfällt in zwei große Gruppen, den Orden „Die Ritter der Arbeit“ („Knights of Labor“) und den „Bund der Gewerkschaften“ („American federation of labor“). Der Orden der „Ritter der Arbeit“ ist zweifellos im Verfall begriffen. Die Anzahl der Mitglieder ist von 702.000 auf 240.000 zurückgegangen. Man sprach sogar davon, dass er dem Bankerotte nahe sei. Der Ordensgeneral Powderly wollte den Orden in einen Bildungsverein verwandeln, allein dieses Project wurde verworfen. Die unzweckmäßige Organisation des Bundes, die Unfähigkeit der Leiter und die zweckwidrige Verwendung der Geldmittel der Organisation dürften die Hauptsache der Zerrüttung dieses Arbeiterverbandes sein. Dem gegenüber hat die „American federation of labor“ große Fortschritte gemacht. Die Achtstundenbewegung ist wieder in den Vordergrund der Gewerkschaftsbewegung getreten und wurde von der Föderation als wirksames Mittel der Agitation benützt. Die föderirten Gewerkschaften sind gut organisirt, bestehen aus Delegirten verschiedener Gruppen (Unions) und verfolgen, wenn auch nicht anarchistische, so doch revolutionäre Tendenzen. Sie gründeten einen Fond für Personen, welche aus politischen Ursachen verfolgt werden und traten zuerst dafür ein, den 11. November zur Erinnerung an die in Chicago justificirten Anarchisten mittels Versammlungen, Demonstrationen und Umzüge zu feiern. Eine Broschüre mit dem Titel „Antwort auf den 11. November“ wurde von der Föderation in 5000 Exemplaren in allen Städten Nordamerikas verbreitet. Die Broschüre enthält die Aufforderung an die Arbeiter der Vereinigten Staaten, in allen Städten und sonstigen Ortschaften alljährlich am 11. November durch die Straßen zu ziehen und auf solche Weise „Revue der künftigen Revolutionsarmee“ abzuhalten. In der Nummer 14 der „Freiheit“ vom 31. März erließen die föderirten Gewerkschaften einen Aufruf, diese Memorialfeier abzuhalten. An diesem Tage soll „ein demonstratives Auftreten“ des Proletariats erfolgen, um Zeugniß abzulegen „von dem wachsenden Hasse der zum Elend Verdammten.“ Man hat infolge dieser Agitation allgemein erwartet, dass die Memorialfeier in Amerika einen großen Umfang und einen lärmenden Charakter annehmen werde, zumal die revolutionären Elemente aller Schulmeinungen in New-York sich für die Betheiligung an dieser Feier ausgesprochen haben. Auch ansserhalb New-Yorks, in Chicago, St. Louis, Baltimore, Philadelphia und Pittsburg wurden Feierlichkeiten am 11. November abzuhalten beschlossen. Als jedoch der Zeitpunkt der Feier heranrückte, sprach sich Most in der Nummer 41 der „Freiheit“ vom 6. October gegen einen demonstrativen Umzug mit dem Bemerkens aus, dass die volle Erkenntniß der augenblicklichen Situation eine Provocation nicht rathsam erscheinen lasse und dass man sich sonst auch der Gefahr der Lächerlichkeit aussetze. Hierüber brach ein Streit unter den Anarchisten aus. Most begnügte sich vorläufig, ein Gedenkblatt mit den Bildnissen der in Chicago Justificirten herauszugeben. Der 11. November verlief ohne Ruhestörung.

Im Monate Mai hat sich die „Progressive Labor Party“, welche aus Socialisten und Gewerkschaften der „United Labor Party“ gebildet wurde, wieder aufgelöst und in der letzten Versammlung wurde den

Mitgliedern empfohlen, sich an die „Socialistische Arbeiterpartei in Nordamerika“ anzuschließen. In demselben Monate wurde in Chicago und in St. Louis und in anderen Städten eine neue Arbeiterpartei unter dem Titel „Radical Labor Party“ gegründet.

Einen Factor in der Arbeiterbewegung Amerikas bildet weiters die vorerwähnte socialistische Arbeiterpartei von Nordamerika. Die Partei verfolgt gleichfalls politische und gewerkschaftliche Zwecke. In der Erkenntniss, dass die Gewerkschaftsbewegung nur eine Etape in der Arbeiterbewegung bildet, nützte die Partei die Erscheinungen des Gewerkschaftskampfes agitatorisch aus und widmete der wieder in den Vordergrund getretenen Frage des Achtstundenarbeitstages alle Aufmerksamkeit zu. Die socialistische Arbeiterpartei beschäftigte sich weiters mit der Ausführung der auf dem Congresse in Buffalo gefassten Beschlüsse.

Zur Aufbringung einer Parteidruckerei wurden Eindollar-Antheilscheine in Vertrieb gesetzt. Die Sectionen englisch sprechender Parteigenossen wurden vermehrt und das englische Parteiblatt „Workmans Advocate“ als wirksame Agitationschrift aufrecht erhalten.

Die Partei unterhält andauernd Beziehungen zu der gesinnungsverwandten Socialdemokratie in Deutschland und sprach sich ebenso wie diese gegen die Beschickung des Gewerkschaftscongresses in London aus. Seit Anfang Mai erscheinen in Amerika zwei neue socialdemokratische Blätter, und zwar das „St. Louis Tageblatt“ und die „Michigan Arbeiterzeitung“.

Mit der Nummer 22 erscheint das Parteiblatt „Socialist“ im vergrößerten Formate und gleichzeitig eröffnete die Partei ein neues Clubhaus.

Am 15. September hat die socialistische Arbeiterpartei die Wahlenthaltung beschlossen. Dieser Beschluss wurde jedoch am 28. September wieder umgestoßen. Die vereinigten deutschen Gewerkschaften haben ihre Unterstützung der socialistischen Partei zugesagt. Am 27. October wurde in New-York eine Feier anlässlich des zehnjährigen Bestandes des deutschen Socialisten-Gesetzes in der Halle des Cooper-Institutes veranstaltet.

Unter den anarchistischen und socialrevolutionären Organisationen sind in Amerika im Berichtsjahre folgende hervorgetreten:

1. Die „Internationale Arbeiter-Association“. Sie ist die stärkste anarchistische Organisation mit Johann Most an der Spitze. Ihr gehören viele deutsche Emigranten an, welche Most vergöttern. Indessen scheint in dieser Richtung in letzterer Zeit ein Umschwung sich vollzogen zu haben, da man die Wahrnehmung gemacht hat, dass Most viel Geld zu persönlichen Zwecken ausgibt und aus diesem Grunde trachtet, dass alle Gelder in die Redaction der „Freiheit“ kommen.

Die wichtigste Gruppe dieser Association ist die New-Yorker, welche aus 30 Mitgliedern besteht.

In Nummer 5 der „Freiheit“ vom 28. Jänner beklagt sich Most, dass die Agitationsversammlungen der Gruppe New-York schlecht besucht werden.

Most bemerkt Folgendes:

„Außer der eingerissenen Lauheit der Genossen scheint der Überfluss an Festlichkeiten, welcher sich in neuester Zeit bemerkbar machte, das Parteileben gegenwärtig derart zu stören, dass es, wenn es so fortgehen sollte, bald vollends einschlafen werde. Wir hoffen, dass diese Bemerkungen genügen, in der fraglichen Hinsicht Wandel zu schaffen.“

Die Organe der „Internationale Arbeiter-Association“ sind die „Freiheit“ in New-York und die „Parole“ in St. Louis. In letzterer Zeit ist das englische Blatt „Alarm“, welches früher in Chicago gedruckt wurde, hinzugetreten. Die „Freiheit“ hat eine Auflage von 3500 Exemplaren, die „Parole“ fristet ein tristes Dasein und wird nur gegen die Socialdemokraten in St. Louis gehalten.

2. Der „Socialrevolutionäre Club“ war früher der stärkste Club. Er bestand aus österreichischen und deutschen Anarchisten. Zuerst traten die Čechen aus und bildeten mit dem Blatte „Hlas lidu“ eine

3. (slavische) Gruppe. Die anderen Österreicher organisirten sich im

4. „Radicaler Arbeiterbund.“

Der „socialrevolutionäre Club“ hat in letzterer Zeit gar keine Versammlungen abgehalten und scheint nur noch dem Namen nach zu existiren. Sein Obmann Braunschweig bezieht durch den „Radicaler Arbeiterbund“ 10 Exemplare des Londoner Blattes „Autonomie“. Der „Arbeiterbund“ bezieht aus London 50 Exemplare der „Autonomie“. Die Hauptthätigkeit dieses Clubs besteht darin, flüssige Gelder über London oder Paris zum Zwecke der Agitation nach Österreich zu senden. In letzterer Zeit ist jedoch Lauheit und Lässigkeit bei den Mitgliedern eingerissen; dabei fehlte es nicht an Zank und Streit, da ein Jeder der Neugekommenen für die Bewegung in der Heimat das Meiste geleistet haben will.

5. Der „Club der jungen Männer“ („Yung mens labor Lyceum“) mit Hasselmann an der Spitze. Hasselmann hat ein Gasthaus errichtet und hat Vorträge gehalten, jedoch weniger aus Rücksichten für

die Propaganda, als um Gäste zu gewinnen. Er entwickelte übrigens eine lebhafte Thätigkeit und hat nach eingelangten Nachrichten zwei neue Clubs gegründet.

6. der Agitationsverein „Vorwärts“,

7. der Gesangsverein „Freiheit“ mit Justus Schwab an der Spitze,

8. die russische Gruppe, welche von Schewitsch geleitet wird,

9. die Pionnire der „Freiheit“. Diese Gruppe besteht aus polnischen und russischen Juden, welche sehr eifrig sind. Es fehlt ihnen jedoch an Agitationsmitteln und an agitatorischen Kräften. Sie beziehen, wie schon früher bemerkt wurde, 300 Exemplare des „Arbeiterfreund“ aus London und haben einen zweiten Verein für Fortbildung gegründet, welcher schon 60 Mitglieder zählt.

10. Die französische und

11. die italienische Gruppe.

Eine hervorragende agitatorische Thätigkeit entwickelte im Berichtsjahre der Kellner Frank. Er ist von Beruf Bildhauer, vertrat den „Arbeiterbund“ in den föderirten Genossenschaften, war früher mehr in der Bewegung für Amerika thätig und hat erst in letzterer Zeit sein Augenmerk auf die Agitation in Europa gerichtet. In den föderirten Gewerkschaften regte Frank die Wiederherausgabe des in englischer Sprache erschienenen Anarchistenorganes „Alarm“ an.

Nach der Hinrichtung der Anarchisten in Chicago haben auch die Irrlehren des Anarchismus und die socialrevolutionäre Agitationzweise in Chicago einen empfindlichen Schlag erlitten.

Die Redaction der Chicagoer „Arbeiterzeitung“ kam in die Hände des Schweden Christensen, welcher dieses Blatt in ein socialdemokratisches verwandelte und dem „Alarm“, welcher früher von dem Anarchisten Parsons redigirt wurde, den Todesstoß versetzte. Hiedurch brach von Neuem der alte Hader zwischen Socialdemokraten und Anarchisten auf der ganzen Linie aus. Frank und Most befürworteten, den „Alarm“ nunmehr in New York herauszugeben. Hasselmann opponirte und bemerkte, dass man für die englische Bewegung mittels des in London erscheinenden englischen Parteiblattes „Freedom“ wirken könnte.

Es wurde ein sogenanntes „Alarmcomité“ eingesetzt, welches sich mit den anderen Organisationen wegen der Herausgabe des Blattes, in das Einvernehmen zu setzen hatte. Es kam wie gewöhnlich zu Zänkereien und gegenseitigen Verdächtigungen. Gegen Most wurde die Beschuldigung erhoben, dass er mit dem Blatte ein Geschäft machen wolle. Trotzdem erklärte Most autokratisch, dass das Blatt in New-York in der Officin der „Freiheit“ erscheinen werde. Es wurden 1500 Sammelisten wegen Beschaffung der erforderlichen Geldmittel in Circulation gesetzt. Die „American federation of labor“ hatte einen monatlichen Unterstützungsbeitrag von 25 Dollar gezeichnet. Das Blatt erscheint seit Ende Juni wieder, dürfte jedoch bald wieder eingehen, da die englisch redenden Arbeiter in Amerika sich für den Anarchismus nicht erwärmen können. Die erste Frucht, welche das Wiedererscheinen des „Alarm“ gezeitigt hatte, war die Gründung eines neuen anarchistischen „Alarmclubs“, dessen Hauptaufgabe darin besteht, die Mittel für den weiteren Bestand des Blattes zu beschaffen. Zu diesem Zwecke veranstaltete der Club im Sommer und im Herbst Ausflüge und Festlichkeiten.

Die Kluft, welche zwischen Most und den Anarchisten aus Österreich schon seit längerer Zeit bestand, erweiterte sich infolge von Differenzen, die durch das eigenmächtige Vorgehen Most's bei Herausgabe des „Alarm“ entstanden. Die aus London angekommenen Österreicher wollen Most beseitigen und es gab continuirliche Reibungen und Angriffe, welche in den beiden Parteiblättern „Freiheit“ und „Autonomie“ deutlich zum Ausdruck gelangten. Der Tischler Wenzel Führer, welcher sich mit seinen Landsleuten aus Österreich zerschlagen hatte, ging zu Most über, wurde jedoch von diesem aus der „Internationalen Association“ bald wieder verdrängt.

Der Sitz des aus Österreichern bestehenden „Radicalen Arbeiterbund“ ist in Cerny's Gasthaus in der 5. Straße in New York. In letzterer Zeit waren die Zusammenkünfte schwach.

Eine große Aufregung verursachte eine in der „Autonomie“ veröffentlichte Correspondenz aus New-York, als deren Verfasser sich der Maler Jacob Nowotny einbekannte. Im Monate November gaben Führer und Braunschweig die Anregung zu einer Action, welche die Versöhnung und die Vereinigung aller socialistischen Organisationen Amerikas bezweckte. Zu diesem Behufe wurde für den 11. November in das Locale der Schreiner Progressive Union in New-York in Bocks Halle eine Versammlung einberufen, in welcher die Mostianer erklärten, dass in der Internationale hinreichend Platz für alle Socialisten sei. Die Delegirten der socialistischen Arbeiterpartei wollten unter einer Vereinigung nur den Beitritt zu ihrem Programme verstehen. Schließlich wurde ein Comité gewählt, welches mit den Vorarbeiten betraut wurde. Am 18. November fand eine zweite Versammlung statt. Die Mostianer perhorrescirten jede Vereinigung außerhalb der Internationale. Unter solchen Umständen blieben die Verhandlungen resultatlos. Jetzt berief Führer eine Versammlung zur Gründung einer communistischen Gruppe.

Most machte gute Miene zum bösen Spiele, verweigerte jedoch aus Animosität gegen die Österreicher einer vom „Radicaler Arbeiterbund“ eingesendeten Annonee über die Abhaltung einer Agitationsversammlung die Aufnahme in der „Freiheit“. Da Most auch wieder gegen die „Autonomie“ loszog, verabredeten Appel, Nowotny und Kirchof, im Geheimen eine Broschüre gegen Most vorzubereiten, welche zu Neujahr erscheinen sollte und von der man erwartete, dass dieselbe Most unmöglich machen werde. Die Freunde Most's schienen die Situation erfasst zu haben und verbreiteten, um das Prestige des Most wieder zu heben, dass die erwähnten drei Österreicher eine Verschwörung zur Ermordung Most's angestiftet haben.

Zum Jahreschlusse wurde der zehnjährige Bestand der „Freiheit“ durch eine große Kundgebung in Clarendon Hall gefeiert. In Chicago, wo der Anarchismus bedeutend eingedämmt wurde, hat sich die Mehrheit der Arbeiter auf den streng socialdemokratischen Standpunkt gestellt. Trotzdem wurde im Monate Juli in Chicago der Bestand eines Dynamitcomplottes entdeckt, welches gegen die behördlichen Functionäre gerichtet war, welche die Strafuntersuchung gegen die später justificirten Anarchisten in Chicago geführt hatten. Als Betheiligte an diesem Complotte wurden vier öechische Arbeiter genannt, von welchen der Rädelsführer Hronek zu 12 Jahren Zuchthaus verurtheilt wurde.

Im Monate September wurde neuerlich ein Dynamitard Namens Charles L. Bodendieck in Chicago verhaftet. Derselbe erzeugte Sprengstoffe, mit welchen er öffentliche Gebäude in die Luft sprengen und hiedurch die vorjährigen Hinrichtungen rächen wollte. Beide Vorkommnisse ließen die öffentliche Meinung ziemlich gleichgiltig, da man es nicht mit einer weitverzweigten Verschwörung zu thun hatte.

In St. Louis fand im Monate December eine Convention der „American federation of labor“ statt, in welcher beschlossen wurde, allerorts am 1. Mai 1890 den Achtstunden-Arbeitstag bei sonstiger Arbeitseinstellung einzuführen.

In **Süd-Amerika** ist die socialistische Agitation in Buenos-Aires unter den dortigen, insbesondere unter deutschen Arbeitern im Berichtsjahre betrieben worden.

Die seit Jahren unternommenen Versuche, die fortgeschrittenen Elemente der Arbeiterschaft in Argentina in internationale Cirkel zu vereinigen, scheiterte an dem Mangel einer gemeinsamen Sprache. Es besteht zwar ein internationaler Verein, dessen Thätigkeit jedoch nur äußerst beschränkt ist. Eine öffentliche internationale Märzversammlung, an welcher bei 300 Arbeiter sich betheiligten, wurde polizeilich aufgelöst.

Der im Jahre 1882 in Buenos-Aires gegründete deutsche Arbeiterverein „Vorwärts“, zählt dermalen schon über 150 Mitglieder, hat ein Lesezimmer und eine Bibliothek und steht mit den Parteigenossen der Heimat in Verbindung.

Am 3. März hielten die deutschen Arbeiter in Buenos-Aires eine Versammlung ab, in welcher den socialdemokratischen Abgeordneten des deutschen Reichstages anlässlich der angeblich erfolgten Entlarvung von Polizeispiionen und der bei dieser Gelegenheit gegenüber der deutschen Regierung beobachteten Haltung die Anerkennung ausgesprochen wurde.

In **Australien** bildet die im Vorjahre in Sidney gegründete „Socialistische league“ eine beachtenswerte Organisation. Die Mitgliederzahl ist im Berichtsjahre gestiegen und in den Vereinsversammlungen wird für die socialistischen Ideen lebhaft agitirt.

Wien, im Februar 1889.